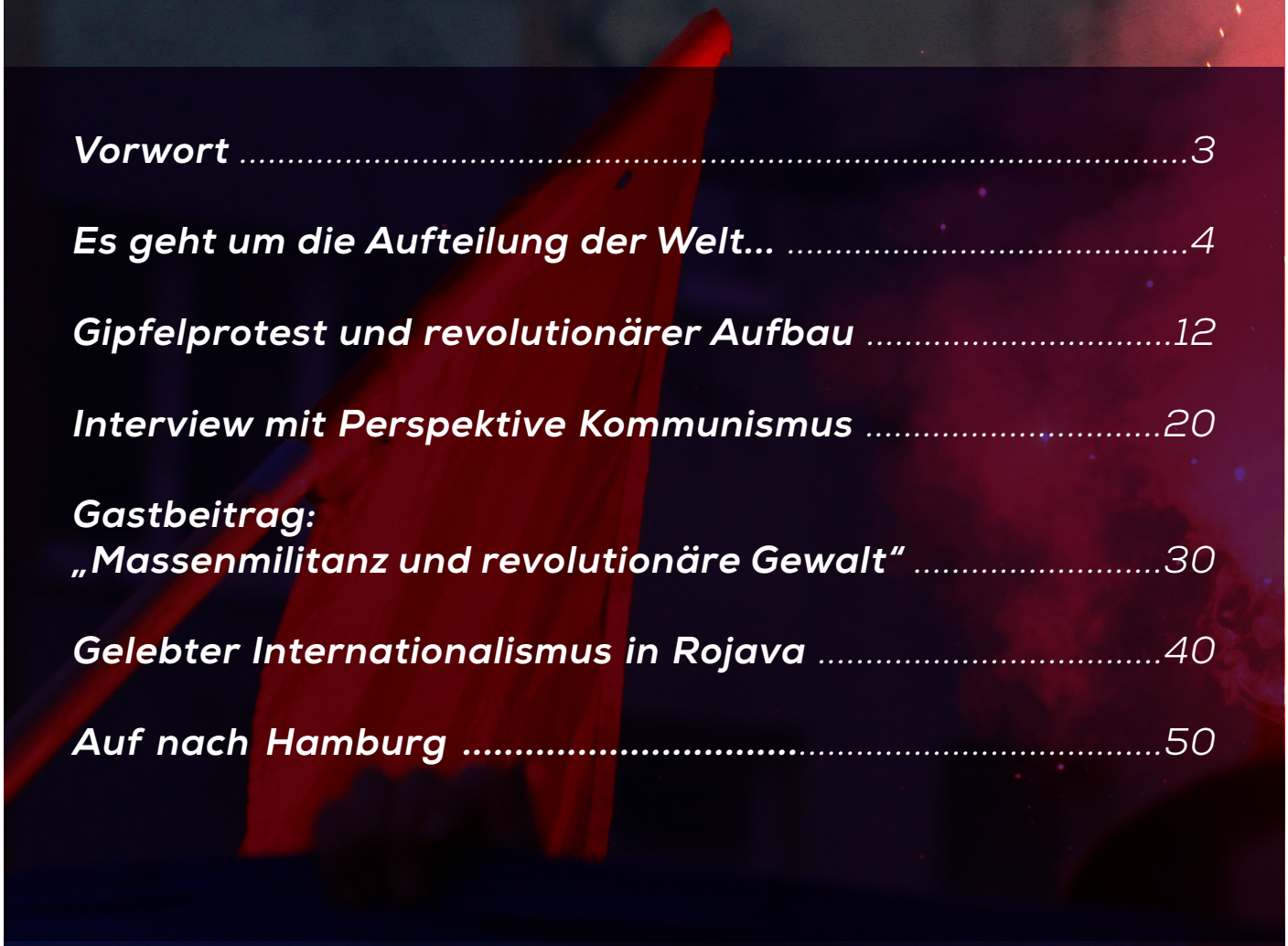
FIGHT CAPITALISM

Texte zu den G20-Protesten in Hamburg 2017



Vorwort 3

Es geht um die Aufteilung der Welt... 4

Gipfelprotest und revolutionärer Aufbau 12

Interview mit Perspektive Kommunismus 20

Gastbeitrag:
„Massenmilitanz und revolutionäre Gewalt“ 30

Gelebter Internationalismus in Rojava 40

Auf nach Hamburg 50

HerausgeberInnen
Perspektive Kommunismus
im Frühjahr 2017

Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an
> mail@perspektive-kommunismus.org
> perspektive-kommunismus.org

Auflage 5000

V.i.S.d.P.: Stephan Filipović, Bielefelder Str. 17, Berlin

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum der AbsenderIn bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.
Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

VORWORT

Eine Großstadt im Ausnahmezustand: Im Sommer 2017 treffen sich im Herzen Hamburgs die Staats- und Regierungschefs der 20 mächtigsten Industrienationen. Abgeschirmt von über 13.000 Polizisten, wollen die *G20* in der Hamburger Messe tagen. In Zeiten einer sich immer mehr zuspitzenden globalen Krise des Kapitalismus und der verschärften imperialistischen Konkurrenz, bekommt das Treffen eine größere Bedeutung als noch vor einigen Jahren. Die Zeit der *G8* bzw. *G7* als faktische „Weltregierung" scheinen vorbei zu sein.

Mit den *G20* steht ein Forum im Mittelpunkt, das weit weniger homogen ist. Dennoch wird die herrschende Politik in der Elbstadt versuchen, sich ein weiteres Mal als Problemlöser zu inszenieren, während die Welt in Scherben liegt.
Trump, Erdogan, Merkel und Co. geht es nicht nur um den Ausgleich ihrer Herrschaftsinteressen und Einflusssphären. Das Treffen der *G20* ist einer der Orte, an dem die bestehenden Verhältnisse manifestiert, verteidigt und politisch durchgesetzt werden.

Genua, Prag, Göteborg, Heiligendamm und jetzt Hamburg: Gipfeltreffen der Herrschenden waren immer auch Orte des Widerstands und der Perspektive einer anderen Gesellschaft. Nach Hamburg wird bundesweit und international mobilisiert, nicht wenige wollen mit Aktionen rund um die rote Zone den Gipfel direkt einschränken. Die Voraussetzungen dafür stehen in einer Großstadt wie Hamburg nicht schlecht. Dennoch ist die Mobilisierung weit mehr als die Blockade der roten Zone. Der konkrete Widerstand in Hamburg kann sicherlich als Gradmesser für die Organisierungsbestrebungen der antikapitalistischen Linken und deren Mobilisierungsfähigkeit gesehen werden.

Als *Perspektive Kommunismus* beteiligen wir uns sowohl an den Vorbereitungen, als auch an den Aktionen vor Ort. Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir unsere Arbeit inhaltlich ergänzen und unsere Standpunkte in die Debatte rund um den geplanten Widerstand tragen. Uns geht es dabei um mehr als eine reine Einschätzung des Treffens der *G20* und dessen Bedeutung für die herrschende Klasse. Mit der Broschüre wollen wir die Brücke schlagen zwischen der Notwendigkeit die Gipfeltreffen der Herrschenden als Plattform für unseren Widerstand zu nutzen und der alltäglichen Arbeit im revolutionären Aufbauprozess. Mit den dafür notwendigen politischen Standpunkten, setzen wir uns in einem Selbstinterview auseinander. Ein Gastbeitrag vertieft die Auseinandersetzung um die Möglichkeiten und Ziele militanter Akzente im Kontext der Gipfelproteste. Ein Aspekt, dem, so meinen wir, gerade in Anbetracht des formulierten Ziels – der Blockade des Gipfels – eine nicht unwesentliche Bedeutung zukommt.

Abschließend wollen wir mit einem Interview über den Tellerrand des *G20*-Gipfels hinaus blicken. Während die Herrschenden in Hamburg damit beschäftigt sind, den kriselnden Kapitalismus zu retten, haben die Menschen in Nordsyrien ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen. In Rojava entsteht im Rahmen des Befreiungskampfes der KurdInnen eine wirkliche Alternative zum Neoliberalismus – inmitten eines grausamen Krieges und ständigen Angriffen ausgesetzt. Eindrücke von vor Ort und eine politische Einordnung liefert ein Genosse, der den proletarischen Internationalismus praktisch hat werden lassen und sich der militärischen Verteidigung Rojavas angeschlossen hatte.

**Auf nach Hamburg! Gegen das Treffen der *G20*
– für einen revolutionären Aufbauprozess!**

Mach' kaputt,
was dich kaputt macht.

ES GEHT UM DIE AUFTEILUNG DER WELT...

Von Heiligendamm (über Elmau) bis nach Hamburg

Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahrtausend, dass sich im Norden der Bundesrepublik wichtige Repräsentanten und Entscheidungsträger des weltweiten Kapitalismus treffen. Während 2007 noch die nordöstliche Provinz für das G8-Treffen herhalten musste, findet das Treffen der G20 in diesem Jahr im Herzen einer der größten deutschen Metropolen statt: In Hamburg.
Ähnlich wie bereits vor zehn Jahren, mobilisiert die Linke bundesweit und international gegen das Treffen der Herrschenden. Im Gegensatz zur G8 bzw. G7 kann das Zusammenkommen der 20 stärksten Wirtschaftsmächte und „Schwellenländer" nicht als Bildung eines einheitlichen imperialistischen Blocks bezeichnet werden. Zu groß sind die Spannungen zwischen den einzelnen Akteuren und zu widersprüchlich ihre Lösungsansätze für die Probleme der internationalen Politik. Zudem „repräsentieren" die G20 knapp zwei Drittel der Weltbevölkerung. Und dennoch geht es den Eliten beim Treffen mitnichten um die Verbesserung der Lebensumstände der Mehrheit – das Gegenteil ist der Fall.

> Asien als Anfang

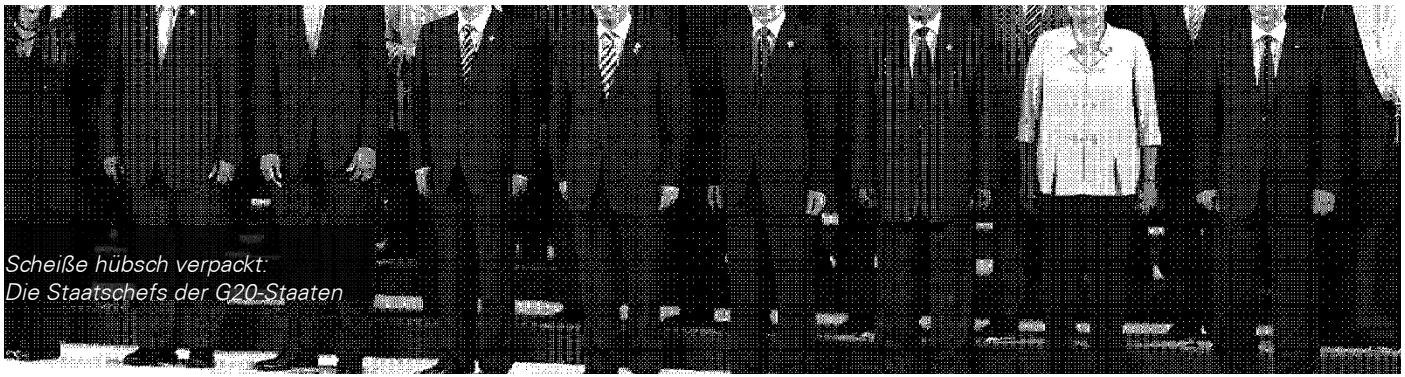
Die *G20*-Treffen gewinnen immer dann an Bedeutung, wenn es den starken imperialistischen Staaten, insbesondere in Westeuropa und den *USA* darum geht, auf den weltweiten kapitalistischen Konkurrenzkampf, auch in Regionen, die sie politisch nicht kontrollieren, ihren Interessen entsprechend einzuwirken. Die Zusammenkünfte haben einen Doppelcharakter: Auf der einen Seite der diplomatische Ausgleich bestimmter gegenläufiger Interessen, auf der anderen Seite die Repräsentation und Sicherung der weltweiten kapitalistischen Ordnung. An beiden Aspekten haben auch konkurrierende Staaten wie Russland oder Indien, die Teil der Gipfeltreffen sind, ein direktes Interesse. Bereits 1999 versammelten sich in Berlin erstmals die Finanzminister und Notenbankchefs der 20 mächtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt – die Geburtsstunde des heutigen *G20*-Gipfels. Drängender Anlass für das Treffen war die sogenannte Asienkrise.
Nachdem in den 90er Jahren der Zugang für ausländisches Kapital auf den asiatischen Finanzsektor erleichtert wurde, entbrannte ein großer Ansturm auf deren Wertpapiere. Gerade das angehäufte Kapital aus den industriellen Zentren – Westeuropa und *USA* – suchte nach neuen Investitionsmöglichkeiten und so kam es zum massenhaften Aufkauf von Unternehmen und Immobilien. Diese Entwicklung führte wiederum, wegen der „guten konjunkturellen Entwicklung", zu billigeren Krediten, mit denen weitere Unternehmen und Immobilien gekauft wurden. Als die Blase 1997/98 platzte und klar wurde, dass nicht alle die erwarteten Profite einstreichen können, sprangen der Internationale Währungsfond und die Weltbank ein und gewährten Kredite.
Zwar hielten sich die Auswirkungen der Asienkrise auf die Länder der *EU* und die *USA* in Grenzen – die Wachstumsrate der *BRD* fiel um 0,25 %; die Arbeitslosenquote stieg um 0,1 – 0,2 % – jedoch wuchs das Interesse an direkten internationalen Absprachen über den kapitalistischen Weltmarkt. Mit der neuerlichen, diesmal weltumspannenden und tiefgreifenden Krise des Kapitalismus ab 2007/2008, gewann das *G20*-Treffen stärker an Bedeutung.
Die zunehmende Wichtigkeit des Treffens als Forum zur Rettung des in Schieflage geratenen kapitalistischen Systems untermauert die Tatsache, dass seit diesem Zeitpunkt die jeweiligen Staats- und Regierungschefs an der Spitze der Delegationen stehen.

> Krise? Welche Krise?

Die kapitalistische Krise und ihre Auswirkungen bestimmen das politische Handeln der Herrschenden rund um den Globus und diktieren auch die Rahmenbedingungen für das *G20*-Treffen in Hamburg. Anders als das Wort es vielleicht vermuten lässt, hat die kapitalistische Krise nicht etwa mit dem Mangel an Produkten oder Kapital zu tun, sondern rührt vielmehr aus dem Überschuss an beidem. Das Problem ist schlichtweg der Mangel an Möglichkeiten, das Kapital gewinnbringend zu vermehren.
Die Krisenlösungsstrategien der Herrschenden setzen an mehreren Punkten an. Als sich beispielsweise die im privaten Sektor begonnene Krise in Südeuropa auf ganze Staaten ausdehnte, vollzog auch die europäische „Sparpolitik" unter bundesdeutscher Führung diesen Schritt. Mit der Privatisierung weiter Teile des Staatseigentums und der Abschaffung sozialer Standards, wie etwa einer umfassenden Gesundheitsversorgung, wurden die Krisenfolgen auf die Bevölkerungsmehrheit abgewälzt. Steigende Altersarmut, die Erhöhung der Kindersterblichkeitsrate und eine hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien sind nur einige der logischen Folgen dieser Politik. Auf der anderen Seite hat die imperialistische Konkurrenz um neue Absatzmärkte zugenommen. Weltweit steigen die Ausgaben für Aufrüstung und Militäreinsätze und die Zahl der Kriege und bewaffneten Auseinandersetzungen nimmt zu. So hat beispielsweise der seit Jahrzehnten andauernde Krieg im Nahen Osten mit der Bombardierung Libyens durch die *US*-geführte Koalition und dem Bürgerkrieg in Syrien weitere Kapitel geschrieben. Mit den Einsätzen in der Ukraine und Syrien interveniert auch Russland seit längerer Zeit wieder direkt militärisch außerhalb der eigenen Landesgrenzen und markiert damit den eigenen Machtanspruch. Zur Sicherung der Rohstoffquellen und der eigenen Stellung im imperialistischen Gefüge, griff Frankreich, unterstützt durch die *BRD*, in den militärischen Konflikt im nordafrikanischen Mali ein.

> Ausgleich im Mittelpunkt

Die Veränderungen der politischen Koordinaten, etwa die Erstarkung Russlands und der wirtschaftliche Aufschwung der Schwellenländer wie Indien oder China



Scheiße hübsch verpackt:
Die Staatschefs der G20-Staaten

Ländliche Idylle:
NATO-Draht in Heiligendamm 2007

in den letzten Jahren, sorgten für die abnehmende Bedeutung des *G8* bzw. *G7*-Gipfels als wichtigstes imperialistisches Treffen. Mit dem Zusammenschluss der starken Schwellenländer und Russland (*BRICS*) einerseits und dem Erstarken der Europäischen Union als eigener Block unter deutscher Führung andererseits, gewinnen kapitalistische Projekte an Einfluss, die eigene Interessen entwickeln.

Das Treffen der 20 wirtschaftlich stärksten Länder hat sich durch diese Kräfteverschiebung zu einem der weltweit wichtigsten kapitalistischen Austauschforen entwickelt. Schließlich sitzen alle wichtigen Fraktionen der kapitalistischen Konkurrenz am Tisch. Mit Austausch sind dabei nicht etwa, die in der Öffentlichkeit gespiegelten, Debatten über soziale Missstände und deren Behebung gemeint. Den Teilnehmenden geht es um den Interessenstab und -ausgleich im imperialistischen Kontext.

So ist beispielsweise der ungehinderte Zugriff auf Rohstoffmärkte und Energieressourcen ein wichtiges Anliegen aller Beteiligten. Nur wer es schafft seinen eigenen Einfluss auf Märkte und Regionen auf der ganzen Welt auszuweiten, ist in der Lage, die eigene wirtschaftliche und geopolitische Machtstellung zu verteidigen und auszubauen. Der freie Zugang zu Rohstoffen und anderen

Ressourcen ist eine der Hauptbedingungen für den reibungslosen Ablauf der globalen Verwertungsmaschinerie. In dieser Hinsicht sind auch die Schwellenländer mit ihren riesigen Märkten von zentraler Bedeutung. Alleine in China und Indien – beides *G20*-Staaten – leben 37 % der Weltbevölkerung. Konzerne, denen es nicht gelingt auf diesen Märkten Fuß zu fassen, verlieren über kurz oder lang ihre Machtstellung und damit auch den Einfluss auf Staaten, als die jeweiligen Erfüllungsgehilfen ihrer Interessen.

Natürlich sind auch die fälschlicherweise als „Sicherheitsinteressen im Kampf gegen den Terror" deklarierten Debatten über imperialistische Einflusssphären wichtiger Bestandteil der *G20*-Treffen.
Auch hier zeigt sich der Charakter der Konferenz als Zusammenkommen zum imperialistischen Interessenausgleich deutlich.
Während den *G20*-Treffen, und natürlich besonders in den Vorverhandlungen, wird deutlich welche strategischen Interessen die teilnehmenden Staaten in welcher Region der Welt haben und mit welchen Mitteln sie sie gegebenenfalls durchzusetzen bereit sind. Wo möglich wird versucht die Aufteilung und den Zugang zu den globalen Märkten durch politische Absprachen zu vollziehen – soweit möglich ohne Krieg.

> Still imperialism

Historisch ist es seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zu einer ungekannten Konzentration von Kapital und damit wirtschaftlicher Macht gekommen. Während in Deutschland und anderen europäischen Ländern die Bindung zwischen Bank- und Industriekapital dafür ausschlaggebend war, fand insbesondere im angelsächsischen Raum die Finanzierung der Unternehmen in weiten Teilen über die Aktienmärkte statt. Der Aufstieg der Pensions- und Investmentfonds seit den 1960er Jahren in den *USA* – die als professionelle Anleger auf den Wertpapierbörsen auftreten – und die Liberalisierung der Finanzmärkte in anderen Ländern, haben die Konzentration des Kapitals sowie die weltweite Konkurrenz weiter verschärft. Es existieren riesige Kapitalmengen, denen aber zugleich profitable Investitionsmöglichkeiten fehlen.

Die imperialistischen Staaten haben als Reaktion darauf die Öffnung der Waren- und Kapitalmärkte vorangetrieben und andere Länder dazu gedrängt, es ihnen gleich zu tun. Auf diesem Weg sollte überschüssiges Kapital aus den Metropolen in anderen Regionen aufgenommen werden, was aber teilweise dazu führte, dass die abhängigen Länder eigenes Überschusskapital produzierten und zunehmend zu Konkurrenten auf dem Weltmarkt wurden.

Das Treffen der 20 wirtschaftlich stärksten Länder hat sich durch diese Kräfteverschiebung zu einem der weltweit wichtigsten kapitalistischen Austauschforen entwickelt.

Heute befinden sich die Staaten in einem umfassenden Konkurrenzverhältnis um die günstigsten Investitionsbedingungen und Standortvorteile für Unternehmen, die als vermeintliche „Sachzwänge“ auch die Leitlinien bürgerlicher Politik diktieren. Denn die Macht des Staates und der politischen Eliten ist mit dem anhaltenden Wirtschaftswachstum und der Profitmaximierung verknüpft, schließlich hängen die Steuereinnahmen unmittelbar davon ab. Dem bürgerlichen Staat kommt die Aufgabe zu, die Rahmenbedingungen zur funktionierenden Kapitalverwertung auf institutioneller und juristischer, sowie polizeilicher und militärischer Ebene durchzusetzen. Er versucht eine mehr oder weniger stabile Ordnung in einer auf gegensätzlichen Interessen beruhenden Gesellschaft zu etablieren. Der Staat schützt dabei die Klassen- und Eigentumsverhältnisse und somit die Grundlagen kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. So ist er funktional mit dem Kapital verbunden und trägt in politischen Aushandlungsprozessen den Interessen der besitzenden Klasse stets Rechnung. Die direkten wechselseitigen Beziehungen zwischen Politik und Unternehmen – sei es durch Parteispenden, lukrative Jobs für Politiker im privaten Sektor, Wirtschaftsvertreter als Berater in den Ministerien u. ä. – sind lediglich der offensichtliche Ausdruck davon.
Auch wenn gelegentlich Einschränkungen für einzelne Kapitalfraktionen vorgenommen werden, geschieht dies in der Regel im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und das kapitalistische Gesamtinteresse.

Sind die Profite des Kapitals in der Krise, also das ökonomische Gesamtinteresse gefährdet, werden soziale Errungenschaften in den Metropolen zerstört und gleichzeitig der Versuch unternommen, die Zugänge zu globalen Märkten und natürlichen Ressourcen durch politischen Druck oder mit militärischer Gewalt zu erweitern. Ein Blick nach Syrien oder in die Ukraine genügt, um festzustellen, dass direkte oder indirekte militärische Interventionen keineswegs verschwunden sind – ganz im Gegenteil. Viele der staatlichen Akteure dieser Kriege kommen im Juli in Hamburg bei dem Treffen der *G20* zusammen und verdeutlichen einmal mehr das Wesen imperialistischer Politik im 21. Jahrhundert.
Aktuell kann von einer erfolgreichen globalen Expansion des Kapitals durch kriegerische Interventionen, wie in der Hochphase des klassischen Imperialismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wohl kaum die Rede sein. Der gegenwärtige Krisenimperialismus probierte zwar Zugänge zu Energiequellen und Absatzmärkten zu sichern, führte aber mehr und mehr zur Destabilisierung ganzer Weltregionen, was auch den Zugriff des westlichen Kapitals erschwert hat. Heute konzentriert sich die imperialistische Politik in wachsendem Maße auf die Abschottung der Zentren gegenüber der verarmten Weltbevölkerung und versucht mit geopolitischen Strategien die Krisenfolgen auf die Konkurrenz abzuwälzen. Die Stellvertreterkriege in der Ukraine oder Syrien sind Ausdruck dieser Entwicklung, in der die Konkurrenz zwischen Staaten, Wirtschaftsräumen und regionalen Bündniskonstellationen wieder offen zu Tage tritt.

> Wieder Weltspitze

Das Treffen der *G20* in Hamburg und auch die Rolle der *BRD* in der internationalen Politik muss vor diesem Hintergrund betrachtet werden. Schließlich mischt das deutsche Kapital bei der Ausplünderung der Welt „endlich“ wieder vorne mit. Flankiert wird das Engagement von *Siemens*, *Daimler*, *Rheinmetall* und Co. durch politisches

Säbelrasseln aus Regierungskreisen. Die *Gauck*'sche Phrasendrescherei von „mehr Verantwortung in der Welt übernehmen", bedeutet dabei übersetzt nichts weiter, als dass auch das deutsche Kapital sein Stück vom Kuchen will – und zwar ein großes. Das Ziel haben dabei alle Beteiligten vor Augen: die Bundesrepublik in der internationalen Politik wieder als Weltmacht zu etablieren. Untermauert wird dieser Anspruch schon jetzt durch militärisches Eingreifen rund um den Globus einerseits und der Aufrüstung im Inneren andererseits. Die zum Berufsheer umgebaute Bundeswehr beteiligt sich an Interventionen in 16 Ländern, darunter befindet sich auch der Einsatz in Mali (Nordafrika), sowie die Marinemission gegen „Piraten" am Horn von Afrika. Mittlerweile macht sich auch kaum ein politisch Verantwortlicher die Mühe, die Einsätze in einen vermeintlichen humanitären Kontext zu stellen. Es ist allgemein bekannt, dass die Absicherung von Handelswegen und der Zugriff auf wichtige Rohstoffe, Ursache für den Einsatz deutscher Soldaten ist. Mit de Initiative zur Bildung einer *EU*-Armee, verfolgt die *BRD* diese Linie konsequent weiter und baut gerade den eigenen militärischen Einfluss im Hinblick auf die *US*-geführte *NATO* weiter aus.

> Einigkeit gegen Freiheit

Während die also ehemals uneingeschränkt dominierenden Sieben versuchen mit dem Mittel *G20*-Forum ihre Position zu halten, versuchen gerade die *BRICS*-Staaten zu den anderen aufzuschließen bzw. sie zu überholen. In Hamburg wird es dann darum gehen, die existierenden Widersprüche und Probleme bestmöglich zueinander in ein Verhältnis zu setzen. Wirklich einig werden sich alle Teilnehmenden dennoch nur in einer Frage sein: der Verteidigung des Kapitalismus als weltweit dominierende Herrschaftsform und dessen politische Durchsetzung. Gerade das macht sie zum Gegner jedweder fortschrittlicher Veränderung.
Darüber können auch humanitäre Parolen und innerimperialistische Widersprüche nicht hinwegtäuschen.

Stabil:
Widerstand gegen das Regime in der Türkei

GIPFELPROTEST UND REVOLUTIONÄRER AUFBAU

Der G20-Gipfel stellt die aktiven Teile der linken Bewegung in Deutschland wieder einmal vor die Herausforderung einer bundesweiten Großmobilisierung. Es wäre fatal die dreiste Selbstinszenierung der Herrschenden mitten in Hamburg ohne entsprechende Antwort von unten vorübergehen zu lassen. Aber welchen Wert hat eine Mobilisierung zu symbolischen Protesten gegen Regierungsvertretungen und ihrer Institutionen in einer Zeit, in der eine globalisierungskritische Bewegung nur noch in Teilen und nicht mehr als massenhafter Bezugspunkt existiert, in der die Kämpfe gegen die Auswirkungen kapitalistischer Krisenpolitik vor allem in der Peripherie der Machtblöcke aufbrechen? Lohnt sich der Aufwand groß organisierter Event-bezogener Aktionen, wenn es doch eigentlich darum gehen müsste, die alltäglichen Kämpfe der Menschen für bessere Lebensbedingungen und gegen die politischen Zumutungen des Kapitalismus hierzulande mit revolutionären Perspektiven in Verbindung zu bringen? Soviel vorweg: Wir gehen davon aus, dass revolutionäre Politik vor der langfristigen Aufgabe steht, diese verschiedenen Ebenen miteinander zu verbinden. Vor welchen Hintergründen und mit welchen Erwartungen das geschehen kann, wollen wir hier kurz umreißen.

> We were winning...

Es ist offensichtlich, dass die Hochzeiten einer spektrenübergreifenden linken Bewegung, die Hunderttausende gegen die Gipfeltreffen der Herrschenden und ihre Institutionen mobilisieren konnte, vorüber sind. Der Protest gegen den weltumspannenden Neoliberalismus der imperialistischen Staaten, ihrer strategischen Zirkel wie die *World Trade Organization (WTO)* und das *World Economic Forum (WEF)* und ihrer Werkzeuge wie den *Internationale Währungsfond (IWF)* oder der Weltbank, hatte Anfang der 2000er Jahre seinen Höhepunkt. Mit unterschiedlichen Motivationen sammelten sich Linke, um sich gegen die Ausbeutung und Zerstörung des globalen Südens, gegen weltweite Umweltzerstörung und die Auflösung von sozialen Mindeststandards und Privatisierung von staatlicher Infrastruktur durch den Ausbau des sogenannten „Freihandels" zu wehren. Die Offenheit für klare antikapitalistische Positionen, die in den Protestmobilisierungen und auch durch eine militante Praxis immer deutlich sichtbar waren, hat dieses Sammelbecken auch für die revolutionäre Linke zu einer wichtigen Plattform gemacht. Die damals gesammelten Erfahrungen: Durchsetzungsfähige Gegenmacht auf der Straße und das solidarische Zusammenwirken mit anderen Teilen der Linken, sollten trotz der Kurzweiligkeit der Bewegung auch heute noch zur Orientierung dienen. Der Abschwung der Bewegung in den Folgejahren hing in erster Linie damit zusammen, dass sie als bunt durchmischte aktionsorientierte Zusammenkunft von Netzwerken weder den Anspruch hatte, noch dazu in der Lage war, dauerhafte Aufbauarbeit für die linke Bewegung zu leisten. Auch die zu Beginn aufsehenerregenden internationalen „Gegengipfel" verloren Mangels strategischer Perspektiven an Bedeutung. Große Teile der Bewegung fanden sich in dieser Zeit in den Massenprotesten gegen den Irakkrieg 2003/2004 in Europa mit neuer Schwerpunktsetzung und Strahlkraft wieder zusammen. Linke Positionen blieben durchaus mobilisierungsfähig, ohne allerdings den Ausgangspunkt für eine umfassende Gegenmacht von unten zu bilden.

In den Folgejahren sorgten die Kriseneinbrüche 2008 auf den Kapitalmärkten und 2010/2011 in den Staatsfinanzen an der europäischen Peripherie dafür, dass die Widersprü-

Massenhaft und militant: Proteste gegen den G8-Gipel in Genua 2001

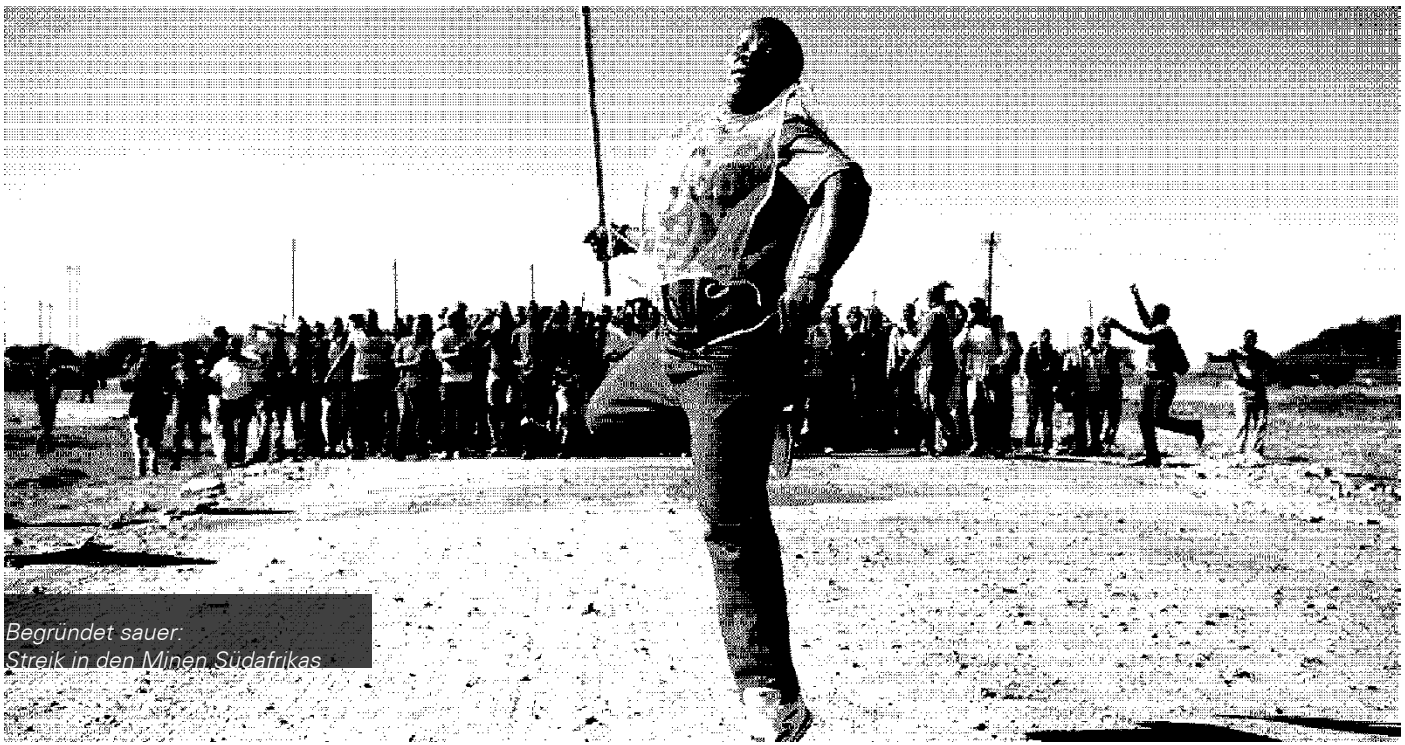
che der weltweit stockenden Kapitalverwertung in neuen Formen und auch direkt vor unserer Haustüre greifbar wurden. *Occupy* vor allem in den USA, die Bewegungen der Platz- und Wohnraumbesetzungen in Spanien und die Massenkämpfe gegen die Troika in Griechenland sind wohl die bekanntesten Beispiele für neue soziale Bewegungen und Kämpfe gegen das kapitalistische Krisenmanagement und gegen die Macht der Banken.
Die demokratischen Aufstände insbesondere in Tunesien und Ägypten sorgten zugleich weltweit für neue politische Orientierung in kapitalismuskritischen und alternativen Kreisen. Digitale Kommunikationsnetzwerke von unten und basisdemokratische Strukturen in den Platzbesetzungen bildeten hier neue und spannende Bezugspunkte. Die *Gezi-Park-Proteste* in der Türkei läuteten darüber hinaus einen zugespitzten Kampf zwischen reaktionärem Regime und großen Bevölkerungsteilen ein, in dem linke Kräfte eine besondere Bedeutung einnehmen – einen weiterer Brandherd an der europäischen Peripherie. In Deutschland konnten die *Blockupy* Mobilisierungen der letzten Jahre sicher in wesentlich kleinerem Format, aber mit antikapitalistischer Ausrichtung und aktionistischer und teils militanter Praxis, größere Teile der bewegungsorientierten Linken wieder zusammenbringen. Viele Strukturen und AktivistInnen aus diesem Spektrum versuchen heute jedoch in erster Linie in bestehenden Auseinandersetzungen z.B. um Wohnraum oder um die Rechte von Geflüchteten präsent und greifbar zu sein.

> Eine andere Bewegung ist möglich!

Zwischen Protestcamps und internationalen Großdemonstrationen auf der einen Seite und der alltäglichen Arbeit im politischen Widerstand, in politischen Gruppen, Gewerkschaften und Basisinitiativen auf der anderen, scheinen Welten zu liegen. Die elektrisierende Zusammenkunft tausender Menschen, die sich als Teil sozialer Veränderung hin zu einer besseren Gesellschaft begreifen, steht einer gesellschaftlichen Realität entgegen, in der es viel eher die Ergebnisse eines Fußballspiels und Aufnahmen von schmusenden Katzen sind, die massenhaft Begeisterung hervorrufen. Wo liegen die Schnittstellen zwischen diesen Welten? Um kollektive Bewusstseinsformen zu entwickeln, die nicht von der individualisierten kapitalistischen Erlebniswelt geschluckt werden, sondern Solidarität und den gemeinsamen Kampf für neue Verhältnisse in den Mittelpunkt stellen, reicht die frohe Botschaft von emsigen und international vernetzten Protestbewegungen nicht aus, zumal die bürgerlichen Medien zumeist nicht

viel von einer motivierenden Berichterstattung im Sinne der Proteste halten.

In erster Linie ist es das eigene Handeln, die direkte Konfrontation mit sozialen und politischen Widersprüchen und die kollektive Auseinandersetzung damit, die die Selbst- und Gesellschaftswahrnehmungen der Menschen prägen. In diesem Sinne versuchen wir mit revolutionärer Politik dort anzusetzen, wo die Angriffe von Staat, Kapital und Reaktionären erfahrbar sind und der Kampf dagegen sich in gesellschaftlicher Praxis niederschlagen kann. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die weltweite Krise des Kapitalismus diese Anknüpfungspunkte etwa durch Sozialabbau und die Verunsicherung der Arbeitsverhältnisse auch in der *BRD* offen zugespitzt und dabei als Geburtshelferin für neue Übel, wie die neuen rechten Massenbewegungen und eine entwürdigende Flüchtlingspolitik gedient. Diese Zustände rütteln auch Viele auf, die sich zuvor politisch nicht eingemischt haben. Trotz Fußball und Katzen stehen die Chancen also grundsätzlich nicht schlecht, Menschen für gesellschaftliche Widersprüche, die sich direkt vor ihrer Nase abspielen, zu sensibilisieren



Begründet sauer: Streik in den Minen Südafrikas

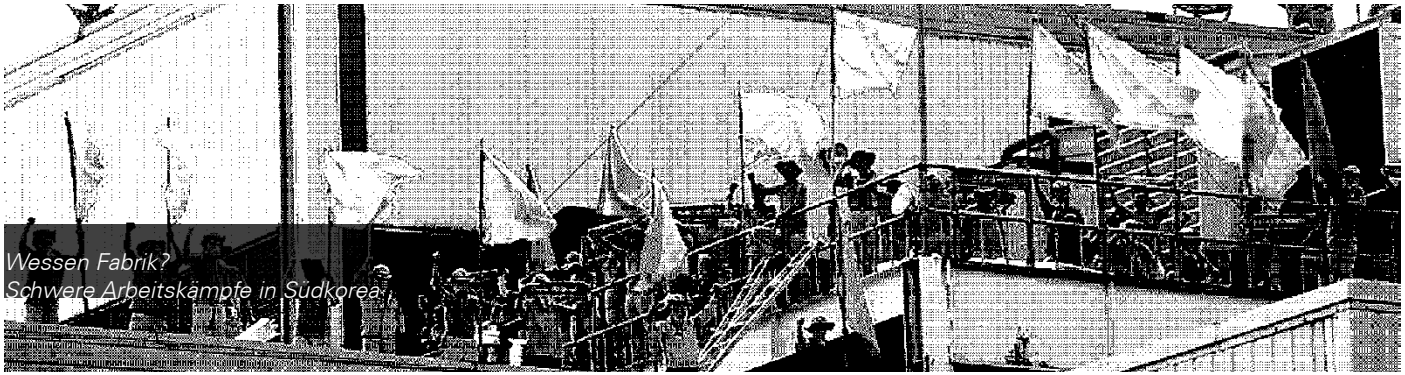
und zum Kampf dagegen zu aktivieren. Diese Auseinandersetzungen langfristig und organisiert anzugehen und in den Aufbau einer Gegenmacht aus der Klasse der Lohnabhängigen einzufügen, begreifen wir als vorrangige Aufgabe einer revolutionären Linken.

und ihre Institutionen, kann in Gipfelprotesten deutlich zum Ausdruck gebracht werden – die diffuse Stimmung, dass der Graben zwischen den Protestierenden und den VertreterInnen dieses Systems zusammen mit ihren Bullen, tief und unüberwindbar aufklafft, liegt während der Protesttage erfahrungsgemäß ohnehin in der Luft. Das

Nicht zuletzt sind es gerade die praktischen Erfahrungen des kollektiven Kämpfens, die sich nach Gipfelprotesten noch jahrelang in die Erinnerungen von Beteiligten einbrennen.

Aber auch symbolische Proteste gegen politische Großevents sind mehr als nur kurzweilige Aktionen, bei denen ein bisschen Wirbel gemacht werden kann. Sie können die verschiedenen kleinen und großen Kämpfe ergänzen und gemeinsame Bezugspunkte setzen. Dass z.B. die Neueröffnung der *EZB* im Frühjahr 2015 in Frankfurt nicht als nette Sektglasparty in die Geschichte eingeht, sondern Erinnerungen an Rauchschwaden, überforderte Polizei und den Ausnahmezustand in der City hervorruft, ist eine wichtige Bestätigung und ein Ansporn für all diejenigen, die sich europaweit gegen die zerstörerische Sparpolitik der *EU*-Institutionen wehren. Internationale Gipfeltreffen, wie der anstehende *G20* stehen darüber hinaus immer auch für das kriselnde Gesellschaftssystem, dem sie entwachsen sind. Sicher ist es nicht die im Rampenlicht stehende Politprominenz, die den Kapitalismus zu verantworten hat. Sie repräsentiert aber die Klasse der Profiteure und Verwalter, die alles daran setzt, den Laden am Laufen zu halten und gegen Anklagen und Angriffe zu verteidigen. Die konsequente Ablehnung ihrer Legitimität anstelle von Forderungen und Appellen an sie ist natürlich noch weit entfernt von einer umfänglichen Einsicht in die Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus. Daran kann und sollte eine revolutionäre Politik aber anschließen, um den Protest ohne Scheu mit sozialistischen Perspektiven zu füllen und ein richtiges Verständnis des kapitalistischen Personals und seiner Funktionen zu vermitteln. Die Ablehnung der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsordnung lässt sich anhand der umfassenden Politik ihres führenden Personals oftmals konkreter als bei alltäglichen Mobilisierungen begründen und vermitteln.

Nach Innen, in die Kreise von politisch Aktiven und ihrem Umfeld, sind Gipfelproteste wichtige Momente des Zusammenkommens und der Aktion. Der Auseinandersetzung mit der eigenen politischen Verortung, gerade auch im Verhältnis zu anderen Spektren, kommt in der bewegten Vorbereitungszeit eine wichtige Rolle zu. Politische Widersprüche und Gemeinsamkeiten können freigelegt, pragmatische Formen der Zusammenarbeit und Ebenen der spektrenübergreifenden Koordinierung erprobt werden. Das alles ist sicherlich nur in beschränk-



Wessen Fabrik?
Schwere Arbeitskämpfe in Südkorea

tem Maße möglich und auch nicht für lange Dauer, dafür können sich mit der Verdichtung der Aktivitäten in kurzer Zeit aber ungeahnte Dynamiken in der Zusammenarbeit entwickeln.
Nicht zuletzt sind es gerade die praktischen Erfahrungen des kollektiven Kämpfens, die sich nach Gipfelprotesten noch jahrelang in die Erinnerungen von Beteiligten einbrennen. Die Erfahrung von gemeinsamer Stärke auf der Straße, von Durchsetzungsvermögen gegen Staatsschergen durch Bündelung der Kräfte, aber auch internationale Kontakte und neue Praxisformen, können für neuen Schwung und Inspiration sorgen. Das wirkt sich aktuell meist nicht direkt auf die alltägliche politische Arbeit aus, sorgt bei AktivistInnen aber nicht selten für erhebliche Motivationsschübe. Und diese können wir sehr gut gebrauchen.

> Protest, Aufbau, Perspektive

Für uns steht außer Frage, dass Gipfelproteste und ähnliche Events wichtige Orte sind, um mit revolutionären Perspektiven und kämpferischer Praxis präsent zu sein. Unversöhnlich mit den Verhältnissen, aber greifbar und offen für verschiedene Teile des Widerstandes.

Dass reines Eventhopping in Zeiten florierender linker Protestbewegungen eine Zeit lang durchaus funktionieren und ansprechen kann, hat die Antiglobalisierungsbewegung gezeigt. Dass sich das ohne politisches und organisatorisches Fundament aber auch schnell wieder ändern kann, hat sich ebenfalls bewiesen. Die Grundlage für die Mobilisierung der Klasse wird in der beharrlichen Arbeit in alltäglichen Kämpfen geschaffen und kann nicht einfach durch punktuellen Massenprotest ersetzt werden. Allerdings können diese Proteste den antikapitalistischen Widerstand auf den Punkt bringen und eine gemeinsame Stärke nach Außen tragen, an der es im Alltag so oft mangelt. Den Aufbau einer revolutionärer Gegenmacht begreifen wir als Produkt aus vielfältigen Kampferfahrungen, die miteinander in Bezug zu bringen sind. Es liegt mit an uns, den Gipfelsturm zu einem besonderen Ausdruck des Widerstandes zu machen, der in Ansätzen bereits in verschiedenen sozialen und politischen Kämpfen zum Vorschein kommt. Zu selten haben wir die Gelegenheit, ein klares Symbol der Ablehnung des Kapitalismus mit kämpferischem Handeln in größerem Rahmen in Verbindung zu bringen. Nutzen wir das lange Juliwochenende in Hamburg, um einer Bewegung näher zu kommen, die es vermag, die bestehenden Verhältnisse aufzuheben.

STREIKEN
SIEREN •
APITALS

Primat der Praxis:
PK bei den Protesten gegen die EZB-Eröffnung in Frankfurt/M

INTERVIEW MIT PERSPEKTIVE KOMMUNISMUS

über Gipfelhopping, Klasse, Multitude, revolutionären Aufbau und anderes...

Ihr habt euch immer wieder gegen das sogenannte „Eventhopping" positioniert. Dennoch lasst ihr als *PK* in erster Linie im Kontext von bundesweiten Großmobilisierungen wie *Blockupy,* den letztjährigen Protesten gegen den *G7*-Gipfel oder eben der nun anstehenden Mobilisierung gegen den *G20*-Gipfel von euch hören.
Ist das nicht auch die klassische Kampagnenpolitik, die ihr eigentlich kritisiert?
Wie lässt sich das miteinander vereinbaren?

> Es kommt für uns darauf an, in welchem Verhältnis die konkrete und kontinuierliche Politik einer Gruppe zu einer Mobilisierungskampagne, beispielsweise gegen einen Gipfel, steht. Wir finden es falsch, sich nur an den politischen Großereignissen zu orientieren und auf den nächsten Gipfel oder den nächsten Großaufmarsch der Nazis zu warten. Es reicht nicht aus, sich politisches Know-how für die Organisation von Protesten zu solchen Großereignissen anzueignen. Wir versuchen die Mobilisierungskampagnen in die aktuelle Entwicklungssituation unserer lokalen und überregionalen Strukturen – sowie in die der Linken allgemein – zu integrieren, so dass ein qualitativer und nachhaltiger politischer Aufbauprozess davon profitieren kann. Wir versuchen daher Kampagnen, wie die aktuelle gegen den *G20* in Hamburg, zu nutzen, um beispielsweise antimilitaristische und internationalistische Strukturen aufzubauen und zu stärken.

Ohne Zweifel eignen sich Großmobilisierungen darüber hinaus ziemlich gut zur Vernetzung, zum Aufbau und zur Vertiefung von Kontakten und zum Überprüfen der eigenen Arbeitsweise, denn schließlich kommt man gemeinsam in Bewegung und sammelt auch kollektiv Erfahrungen. Uns geht es bei derartigen Großveranstaltungen aber auch darum, zu zeigen, dass die Herrschenden (punktuell) angreifbar sind und wir ihnen keine Ruhe lassen werden – auf der Straße können wir zeigen, dass mit Kriegstreibern, Ausbeutern und Krisenprofiteuren kein Frieden zu schließen ist!
Gründe, den Widerstand massenhaft auf die Straße zu tragen, gibt es wahrlich genug und die Notwendigkeit dafür ist uns allen bewusst. Aber es stehen immer aktuell wichtige Fragen auf der Tagesordnung an denen entschieden werden muss, welche politische Arbeit oder welche Kampagne Priorität hat: Wie haushalten wir mit unseren Kräften, wie und wo setzen wir unsere politischen und praktischen Schwerpunkte, damit ein tatsächlicher Strukturaufbau stattfinden kann..

Geht eure politische Arbeit nicht am Großteil der Lohnabhängigen weitgehend vorbei?
Wie ist euer Verhältnis dazu?

> Wir brauchen uns da nichts vormachen. Die revolutionäre Linke in der *BRD* ist aktuell nicht in der Lage viele Lohnabhängige zu erreichen.
Die objektive Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren, vermag im Moment daran auch wenig zu ändern.
Allerdings betrifft das nicht nur die revolutionäre Linke, denn während sich die Bourgeoisie bestens organisiert und den Klassenkampf von oben immer ausgefeilter koordinieren kann, gelingt es auch reformistisch-sozialdemokratischen Kräften oder den Gewerkschaften kaum, dem Kapital tatsächlich etwas abzuringen. Arbeitskämpfe sind entweder routiniert und zu reinem symbolischen Fußscharren verkommen oder sind von der Frage der Besitzstandwahrung geprägt und defensiv.

Wenige Ausnahmen wie der Streik im Sozial- und Erziehungsdienst 2015 bestätigen leider meist die Regel. Dass ein großer Teil unserer politischen Arbeit, wie bei den meisten linken Gruppen, in Bereichen des politischen Widerstands, wie etwa dem antimilitaristischen oder dem antifaschistischen Teilbereichskampf liegt, heißt nicht, dass wir uns vom Klassenkampf und dem Ziel unsere Klasse zu organisieren verabschiedet haben.

Wissen und Erfahrungen weitergeben können und die letztlich den Kern einer revolutionären Organisation bilden können.

Dem politischen Widerstand kommt hierfür aktuell eine große Bedeutung zu: Hier politisieren sich nach wie vor die meisten neuen GenossInnen, ständig werden neue Agitations- und Politisierungsformen entwickelt, die auch

Eine revolutionäre Struktur entsteht nicht dadurch, dass sie ausgerufen wird, sondern nur durch die gemeinsame, richtige Praxis der beteiligten Kräfte, die erst zu gesellschaftlicher Wirkmächtigkeit führt.

Hier spielt aber auch die historische Phase, in der wir uns befinden eine Rolle: Konservative, reaktionäre und offen faschistische Kräfte sind, hervorgespült vom krisenhaften Kapitalismus, massiv im Aufschwung. Die Linke – insbesondere auch ihr revolutionärer Teil – haben dieser Gefahr, sowie den ständigen neoliberalen Angriffen kaum etwas entgegenzusetzen.
Mehr noch; die Linke befindet sich tief in der Defensive. Zersplitterung, ideologische Desorientierung und verbreitete Ratlosigkeit, häufig auch Resignation und Zynismus sind Ausdruck dieser Krise.
Dementsprechend kann momentan die Organisierung größerer Teile der Lohnabhängigen nicht vorrangiges Ziel sein. Vielmehr befinden wir uns in einer Phase, in der wir hierfür die Voraussetzungen schaffen müssen:
Es geht um die Entwicklung einer zeitgemäßen revolutionären Linie und Erprobung einer entsprechenden Praxis, um die Organisierung und Bildung von Kadern, die Bevölkerungsteile über den linken Szenerand hinaus ansprechen und einbeziehen können. Diese Erfahrungen sind auch hilfreich um mehr Teile der unterdrückten Klasse zu erreichen und dauerhaft für eine sozialistische Alternative zu aktivieren.
Gleichzeitig versuchen wir aber unter anderem über die Arbeit in den Gewerkschaften, Solidaritätsarbeit mit Streikenden oder auch Kampagnen gegen Gentrifizierung, Erfahrungen in der unmittelbaren Massenarbeit zu sammeln und dort mit revolutionären Inhalten präsent zu sein.
Die Herausforderung ist dabei sowohl im politischen Widerstand als auch beispielsweise in Arbeitskämpfen, für möglichst viele Menschen (unserer Klasse), anschlussfähig zu bleiben, ohne revolutionäre Positionen zu verwässern.

Jedes Handwerkszeug, jede Methodik sowie jeder Erfolg und jede Niederlage, die wir uns in den verschiedenen Kämpfen kollektiv aneignen – auch in Reformkämpfen,

wenn wir sie mit der Perspektive der Revolution und der klassenlosen Gesellschaft verbinden – erweitert unseren Erfahrungsschatz und befähigt uns, die nächsten Schritte umfänglicher und besser anzugehen. So kommen wir in kleinen Schritten dahin, die Potenziale in den Kämpfen zu erkennen und mit unseren Möglichkeiten an den richtigen Punkten anzusetzen. Das ist die Dialektik zwischen Theorie und Praxis und die zentrale Voraussetzung dafür revolutionäre Politik in größeren Teilen der Bevölkerung zu verankern.

Letztlich gibt es – um nochmal auf die Frage zurückzukommen – keinen besonderen Widerspruch zwischen Kämpfen im Bereich des politischen Widerstands auf der einen Seite und beispielsweise der Orientierung auf Arbeitskämpfe auf der anderen Seite. Beide sind Teil des Klassenkampfes und unsere Klasse hat nicht nur im Kampf um mehr Lohn, sondern auch im Antifaschismus ein gemeinsames (objektives!) Interesse. Entscheidend ist also vielmehr, dass eine revolutionäre Organisation in all den Kämpfen mit einem parteiischen Klassenstandpunkt präsent ist!

Sind Begriffe wie „Multitude“ oder gar „dissidentes Drittel“ nicht moderner und zielführender für die Entwicklung von neuen Perspektiven, als die Vorstellung vom „Proletariat als revolutionäres Subjekt“, die noch unter ganz anderen Ausprägungen des Kapitalismus entwickelt wurde?

> Kurz: Nein. Denn nach wie vor ist es zentral, wer – also welcher Teil der Gesellschaft – objektiv ein Interesse an einer revolutionären Veränderung hat und auch in der Lage ist diese umzusetzen.

Dies ist und bleibt im Kapitalismus die Klasse der Lohnabhängigen, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, da sie keine eigenen Produktionsmittel besitzt, jedoch den gesellschaftlichen Reichtum schafft.
Auch wenn Klassenbewusstsein innerhalb des Proletariats im Moment nur bedingt vorhanden ist und statt Solidarität und kollektivem Handeln eher Egoismus, Vereinzelung und Verrohungen vorherrschen, so ist es objektiv dennoch diese Klasse, von der es abhängt, ob die kapitalistischen Verhältnisse abgeschafft werden oder nicht. Trotz aller Ausdifferenzierungen und veränderten Zusammensetzungen innerhalb der Klasse in den letzten Jahrzehnten, hat sich an den wichtigsten Gründen für diese Annahme nichts geändert.
Nach wie vor ist das Proletariat nämlich nicht nur die Klasse, die den gesellschaftlichen Reichtum erst schafft und ermöglicht. Sie fasst auch den größten Teil der Bevölkerung, der in diesem System ohnehin nicht viel zu verlieren hat, zusammen. Sie hat das Potential, die reibungslose Kapitalverwertung am direktesten zu blockieren.
Aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess ist sie außerdem in der Lage, den Widerspruch zwischen der großen Masse derer, die den Mehrwert produzieren und der kleinen Minderheit, die ihn sich aneignet, sehr direkt zu erkennen. (Genau das zu verhindern oder abzumildern, ist orginärer Auftrag ganzer Heerscharen sozialdemokratischer Funktionäre, bürgerlicher Redaktionen und Parteien, Lehrern und des ganzen Geredes von Sozialpartnerschaft, Standortlogik und sozialer Marktwirtschaft.)
Auch einige wesentliche Methoden für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, nämlich Kollektivität und Solidarität, ergeben sich relativ direkt aus den kapitalistischen Produktionsbedingungen. Denn diese funktioniert nur arbeitsteilig und solidarisches Handeln ist unbedingt notwendig, um hier

soziale Verbesserungen herbeizuführen. Das alles trifft auf andere Klassen, die zum Teil durchaus auch im Widerspruch zum Kapitalismus stehen, höchstens teilweise zu.

Dass es in dieser Gesellschaftsordnung eine Klasse gibt, die über die gesellschaftliche Macht verfügt und sich den gesellschaftlichen Reichtum durch Ausbeutung der Arbeitskraft anderer Menschen aneignet, ist den meisten Linken bekannt. Dass der Bruch mit diesem System aber schlussendlich vom Handeln des Großteils der Lohnabhängigen abhängt, die die Räder tagtäglich mit ihrer Arbeitskraft am Laufen halten, wird von vielen gerne ignoriert oder zerredet.
Sicher hat die Integrationsfähigkeit des Kapitalismus dazu geführt, dass der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit heute in den kapitalistischen Zentren nicht so offen auf dem Tisch liegt, wie es noch zu Beginn des letzten Jahrhunderts der Fall war.

Dennoch können wir den Aufbau einer neuen Gesellschaft nur ernsthaft angehen, wenn wir die Potenziale der gesamten Klasse erkennen und mit einbeziehen: Die wirtschaftliche Stärke, die Kollektivität, die Fülle der Kampfmöglichkeiten und natürlich auch die zahlreichen verschiedenen Widerspruchserfahrungen.

In der linken Bewegung werden immer wieder anderen Ansätze und Strategien diskutiert. Zum Beispiel wurde kürzlich der Begriff „dissidentes Drittel“ von *Thomas Seibert* in die Debatte eingeführt. Er bezieht sich dabei auf ein diffuses Milieu, die „sich dem neoliberalen Konsens verweigern“. Diese 20-30% sollen den Bezugspunkt für linke Politik darstellen, unabhängig von ihrer Klassenposition. Die Aufgabe des Klassenbegriffs sieht er nicht als Schwäche, sondern vielmehr als Stärke an.
Andere Begriffe wie die „Subalterne“ oder „Multitude“ fassen Teile der Gesellschaft zusammen, die aus verschiedenen Gründen ein besonderes Interesse an der Überwindung des Kapitalismus haben sollen. Besondere Ausbeutungs- und Ausgrenzungserfahrungen, neue Formen der Arbeit und sozialen Vernetzung, oder schlichtweg politische Enttäuschung und Entmündigung, sollen das Potenzial für neue antikapitalistische Bewegungen und Perspektiven bilden.
Auch wenn Teilen der lohnabhängigen Klasse dabei sicherlich auch eine gewisse Bedeutung eingeräumt wird,

O‘fackIt is‘: Antimilitaristischer Aktionstag gegen den G7-Gipfel in Bayern

Schön anzusehen: Lichteffekte im PK-Block

halten wir es für verfehlt, revolutionäre Strategien zu entwickeln, die alleine auf diese oder jene gesellschaftliche Widerspruchserfahrung im Kapitalismus bauen.

Dazu kommt, dass Teile des Kleinbürgertums oder selbstständige Intelektuelle, manchmal als „kreative Klasse" bezeichnet, die durch die „Multitude" zum revolutionären Subjekt gezählt werden, historisch schon immer hin- und hergeschwankt sind.
Sie können sich zwar in vielen Fragen progressiv verhalten und sich auf die Seite der Unterdrückten stellen, allerdings genauso schnell wieder auf die andere. Insbesondere, sobald ihre relativ gesehen, bessere gesellschaftliche Stellung durch den revolutionären Prozess konkret in Frage gestellt wird und Privilegien auf den Prüfstand kommen.

All diesen Theorien ist darüber hinaus gemein, dass viele ihrer AnhängerInnen oftmals grundsätzliche marxistische Eckpunkte, etwa den materialistischen Zugang zur Geschichte, ablehnen und die verschiedenen Formen der Ausbeutung und Ausgrenzung im Kapitalismus auf eine Ebene stellen, ohne die inneren Zusammenhänge und den Bezug zum kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zu erkennen.
Dass man dabei das Bedürfnis entwickelt, *Marx* mal dringend überarbeiten und modernisieren zu müssen, indem man den Klassenbegriff als politische Handlungsanleitung über Bord wirft und das revolutionäre Subjekt – also die sozialen Träger der Revolution – dort sucht, wo gerade am meisten Bewegung ist, ist nicht weiter überraschend.

Natürlich lehnen wir es nicht grundsätzlich ab, innerhalb der Klassen noch einmal sozio-ökonomisch zu differenzieren und dafür die passenden Analysebegriffe zu verwenden. Genauso, wie es uns fern liegt andere Widerspruchs- und Unterdrückungserfahrungen neben dem Klassenwiderspruch zu leugnen oder als nebensächlich abzutun. Das geht aber nur mit und nicht gegen den marxistischen Begriff der Klasse.
Der Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist auch heute noch der zentrale gesellschaftliche Widerspruch, der bestimmend für den Kapitalismus ist.

Wir sind der Meinung, dass uns durch Begriffe wie „Multitude" oder „dissidentes Drittel" analytische Schärfe verloren geht und somit die theoretische Grundlage für

die Entwicklung einer revolutionären Praxis verwaschen wird.

Euch wird mitunter vorgeworfen, ihr würdet Militanz und konspirative Arbeit zu stark in den Vordergrund stellen. Was sagt ihr dazu?

> Puh, zunächst ist uns unklar, wie dieser Vorwurf entstand und wir können das nur teilweise nachvollziehen. Immerhin arbeiten wir in vielfältigen Strukturen aktiv mit und betonen stets wie wichtig es ist, auf verschiedenen Ebenen Politik zu machen und Erfahrung zu sammeln. Grundsätzlich lassen wir uns nicht von einem System und deren VertreterInnen, die weltweit für Kriege, Hunger und Barbarei verantwortlich sind, vorschreiben, welche Aktionsformen wir verwenden dürfen und welche nicht, oder wie wir uns zu organisieren haben. Wir gehen davon aus, dass der Sozialismus nicht durch ein bürgerliches Parlament beschlossen werden wird. Die Geschichte der letzten 150 Jahre im Kapitalismus hat deutlich gezeigt, dass revolutionäre Organisationen immer dann, wenn sie eine gewisse Stärke erreicht hatten, verboten und zerschlagen werden sollten.

Wenn wir den eigenen revolutionären Anspruch also ernst nehmen, müssen wir auch die Gegenseite, die Konterrevolution, ernst nehmen und damit einen Umgang finden. Während diese mit Bullen, Geheimdiensten, mit Knästen – und in nicht allzu großer räumlicher und zeitlicher Entfernung auch mit Massakern, Folter und Mord – arbeitet und auf einen riesigen Propagandaapparat zurückgreifen kann, der all dies verschleiert oder gar rechtfertigt, sind unsere Optionen bescheiden.
Statt uns davon allerdings paralysieren zu lassen, sollten wir uns der Gefahren bewusst sein und unsere Strukturen dementsprechend absichern.

Fest steht für uns, dass Militanz nicht zum Selbstzweck werden darf, sondern immer konkret an der Situation und ihren AkteurInnen orientiert sein muss. Das bedeutet im Alltag eben auch hin und wieder Kompromisse – z.B. in Bündnissen – einzugehen und sich gleichzeitig der Gefahr des Legalismus bewusst zu sein. Das Ziel sollte sein, innerhalb der Bewegung und der Bevölkerung, die Akzeptanz unterschiedlicher Aktionsformen, anhand ihrer Effektivität zu gewinnen und nicht nach den Launen der bourgeoisen GesetzgeberInnen oder ihrer HofschreiberInnen in den Redaktionen. Militanz ist für uns vor allem eine Haltung zur bürgerlichen Legalität. Diese ist für kommunistische Militante kein prinzipieller Bezugsrahmen, sondern erfordert allenfalls taktische Beachtung. Revolutionäre Militanz ist also nicht daran festzumachen, wer wie viel Gewalt verübt, sondern wie konsequent das kapitalistische System mit seiner bürgerlichen Legalität bekämpft wird, ohne sich die Wahl der Waffen von dieser Legalität bestimmen zu lassen.

Zur Frage der Konspirativität müssen wir nicht weit in die Vergangenheit zurückblicken, um sie zu rechtfertigen. Alleine in Hamburg sind in den letzten Jahren vier verdeckte ErmittlerInnen aufgeflogen und es ist nicht neu, dass linke Bewegungen, von den Herrschenden bekämpft und beobachtet werden. Dabei macht es keinen Sinn, erst dann für Sicherheitsstandards zu sorgen, wenn offensichtlich ist, dass man politisch verfolgt wird.

Wenn wir jetzt schon dafür sorgen, es dem Feind so schwer wie möglich zu machen, einen Einblick in unsere Strukturen zu erhalten, dann schützen wir auch den kom-

menden Aufbauprozess unter zukünftig vermutlich viel schwierigeren Bedingungen.
Dies heißt jedoch nicht, darauf zu verzichten, die eigene Politik diskutierbar zu machen. Wir arbeiten in vielen Bündnissen und Initiativen mit und wer mit uns in Kontakt treten will, hat dazu vielfältige Möglichkeiten.

Wie stellt ihr euch denn diesen nun mehrfach erwähnten Aufbauprozess vor?

> Wir können leider nicht vorhersagen, wie der Prozess hin zu einer revolutionären Veränderung konkret aussehen wird. Alle historischen und aktuellen Erfahrungen weisen aber darauf hin, dass spontane Aufstände alleine nicht in der Lage sind, ein so flexibles, dynamisches und auch integratives System, wie das kapitalistische zu stürzen. Dafür hat der Kapitalismus schon zu oft seine Anpassungsfähigkeit und Wandelbarkeit bewiesen. Ohne eine revolutionäre Organisation, in der sich die Erfahrungen aus verschiedenen Kämpfen konkretisieren, die über die Bewegungshochs und -tiefs hinaus Kontinuität und Orientierung bieten kann, die ihre Handlungen aus einer Analyse des Gegners, der verschiedenen Klassenkräfte, der Bewegungen, sowie der eigenen Möglichkeiten ableitet und die auch in der Lage ist, sich möglichst dauerhaft gegen Repression abzusichern, werden wir nicht erfolgreich sein.
Eine solche Organisation, wie wir sie für nötig halten, existiert momentan in der *BRD* nicht. Die bestehenden Gruppen, die ähnliche Ansprüche haben, haben zugleich aber alle für sich genommen ihre Schwächen und Unzulänglichkeiten und alle samt erfüllen nicht die Ansprüche, die wir an eine revolutionäre, kommunistische Organisation haben. Um das stichpunktartig und in aller Kürze auszuführen: Keine Gruppe ist hinreichend in unserer Klasse verankert, keine ist in der Lage die proletarischen Kämpfe anzuführen oder wenigstens Kämpfe in relevantem Umfang anzuregen oder in ihnen Orientierung zu bieten, keine revolutionäre Gruppe ist sowohl öffentlich präsent und ansprechbar und verfügt gleichzeitig über einen nennenswerten illegalen – sprich geschützten – Apparat, ist also in der Lage sich selbst auch entsprechend vor dem Zugriff des Staates zu schützen. Letztlich gibt es keine Struktur in der sich in größerem Umfang ideologische, mediale, kulturelle und natürlich auch ganz unmittelbare Gegenmacht auf der Straße konkretisiert.
Es gibt also aktuell nicht die revolutionäre Organisation, der wir uns nur anzuschließen bräuchten. Darüber hinaus halten wir die These für wichtig, dass die ganzen verschiedenen Gruppen zusammen nicht diese Ansprüche erfüllen.

Wir haben auch keinen speziellen Masterplan, wie wir einer gerade skizzierten Struktur näher kommen. Es ist aber klar, dass dieser Prozess nicht auf dem Papier, nicht durch Proklamationen und nicht auf großen Kongressen stattfinden wird. Anders gesagt, eine revolutionäre Struktur entsteht nicht dadurch, dass sie ausgerufen wird, sondern nur durch die gemeinsame, richtige Praxis der beteiligten Kräfte, die erst zu gesellschaftlicher Wirkmächtigkeit führt. Dabei gehen wir nicht davon aus, dass sich eine der bestehenden Gruppen einfach mit ihrer Linie durchsetzt, sich andere anschließen und so eine kommunistische Organisation entsteht, die den genannten Ansprüchen genügen kann.
Wir glauben vielmehr, dass verschiedene Gruppen oder Teile davon, in einem mehrstufigen und sicher nicht linearen Prozess etwas zur Entstehung einer solchen Organisation beitragen können.

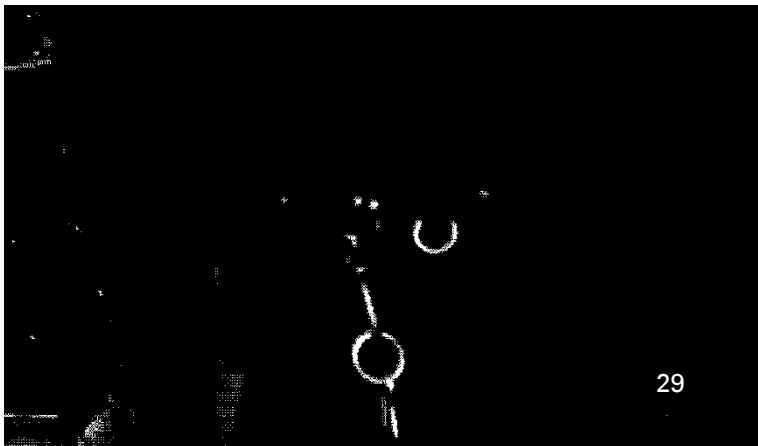
Wenn wir vom revolutionären Aufbauprozess sprechen, meinen wir aber noch weit mehr als nur die Entwicklung einer starken kommunistischen Organisation. Es geht um den umfassenden Aufbau unserer Seite: Dazu gehören auch Strukturen, die sich hauptsächlich auf ein Themengebiet spezialisieren, offene Initiativen, in denen Leute sich unkompliziert engagieren können, linke offene Räume und Kulturangebote. Auch die Arbeit in bestehenden Massenorganisationen, insbesondere natürlich in den Gewerkschaften, kann – wenn dadurch nicht die revolutionäre Perspektive aus dem Blick gerät – dazu beitragen, antikapitalistische, proletarische Gegenmacht zu entwickeln. Kurz gesagt, geht es also auch um den Aufbau und die Unterstützung einer antikapitalistischen und wenn möglich revolutionären Bewegung.

Was sind dann eure Ansatzpunkte als *Perspektive Kommunismus*?
Im April 2014 habt ihr ein gemeinsames Selbstverständnis veröffentlicht und arbeitet eng zusammen, obwohl ihr doch recht unterschiedliche Ausgangsbedingungen vor Ort habt?

> Wir setzen in dem kontinuierlichen Aufbauprozess vor allem lokal an. Überregional gehen wir mit der Plattform erste gemeinsame Schritte. Allerdings sind diese natürlich auch nur soweit machbar, wie es die Situation in den jeweiligen Städten vor Ort ermöglicht. So stellt uns die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung der verschiedenen Strukturen vor Herausforderungen, bei denen wir uns solidarisch unter die Arme greifen müssen, um eine möglichst große politische und strukturelle Angleichung erreichen zu können. Prinzipiell arbeiten wir mit der Herangehensweise, dass sich Strukturen den politischen und personellen Begebenheiten und Notwendigkeiten anzupassen haben und nicht andersherum. Das bedeutet für uns, dass der Motor eines jeden Organisierungsprozesses die lokalen und regionalen Strukturen sind, denn nur auf diesem Fundament lässt sich eine überregionale Organisierung nachhaltig aufbauen.

Ein solcher Prozess, in dem wir uns als Strukturen aus verschiedenen Städten seit einigen Jahren befinden, ist jedoch nicht widerspruchsfrei und nicht jeder nächste Schritt lässt sich planbar vorhersagen. Widersprüche innerhalb unserer Plattform begreifen wir als Motor für die Entwicklung der Struktur, was aber auch heißt, dass wir sie ernst nehmen und durch tiefergehende Auseinandersetzungen versuchen zu ihren Ursachen vorzudringen. Die Aufhebung von Widersprüchen in diesem Sinne ist keine kurzfristige Angelegenheit, keine Kompromiss-Sucherei, sondern erfordert eine genaue Analyse, Selbstreflexion, Verständnis und Geduld.

Wie gesagt, wir sehen diesen Prozess aber nicht nur als internen, sondern wollen mit anderen, die ähnliches verfolgen, in die Diskussion und gemeinsame Praxis kommen. Auf diesem Weg freuen wir uns immer über Rückmeldungen, Anregungen und solidarische Kritik!



Klassenkampf auf französisch: Proteste gegen das loi travail in Paris

MASSENMILITANZ UND „REVOLUTIONÄRE GEWALT“

Ein Gastbeitrag von „kinder der praxis“

Kurz vor Fertigstellung der Broschüre erreichte uns auf elektronischem Wege ein Text der Gruppe *kinder der praxis*. Die GenossInnen setzen sich in ihrem Beitrag dezidiert mit der Notwendigkeit von militanter Praxis im Kontext von revolutionärer Gegenmacht auseinander – gerade im Hinblick auf den Widerstand gegen die Gipfeltreffen der Herrschenden. Wir dokumentieren die Stellungnahme in unserer Broschüre zum Zweck einer offenen Debatte über Ziele und Perspektiven militanter Praxis.

Rechtlicher Hinweis: Die HerausgeberInnen und VerteilerInnen dieser Broschüre sind nicht für die im folgenden Beitrag geäußerten Inhalte verantwortlich. Der Text ist lediglich zur Dokumentation abgedruckt.

Die Gipfelproteste, um die Jahrtausendwende und in den folgenden Jahren, haben die Linke enorm geprägt. Das lag unter anderem auch an den unterschiedlichen Aktionsformen, die dort aufeinanderprallten.
In Prag, Göteborg oder Genua kam es zu so massiven Straßenkämpfen, wie schon lange nicht mehr: In Prag musste der *IWF*-Gipfel abgebrochen werden, in Göteborg wurde ein Aktivist angeschossen und in Genua gipfelten die tagelangen Kämpfe in der Ermordung *Carlo Giulianis* durch die Polizei.
Diese mit großer Entschlossenheit geführte Straßenmilitanz wurde längst nicht von allen Teilen der Bewegung getragen. Vorwürfe, welche die eigentlichen Anliegen der Proteste zu überlagerten, Distanzierungen von den „Gewalttätern“, waren ebenso wie ein solidarisches Aufeinanderzugehen der verschiedenen Spektren, die Folge und begleiten ähnliche Anlässe bis heute.
In den Diskussionen um angemessene Aktionsformen rund um Großereignisse wie Gipfelproteste, aber auch bei anderen Anlässen, dominiert meist auf allen Seiten die Vorstellung, dass es einen grundsätzlichen Widerspruch gäbe zwischen dem Anspruch möglichst viele Menschen – auch medial – mit den eigenen kritischen Inhalten zu erreichen und militantem – gemeint ist meist gewaltsamen – Vorgehen gegen die Gipfel, ihre Infrastruktur oder die Staatsmacht. Spätestens seit der Kampagne *Block G8* 2007 in Heiligendamm, gibt es außerdem eine als „Kompromiss“ verstandene Aktionsform des massenhaften geringfügigen Überschreitens des legalen Rahmens oder „zivilen Ungehorsams“, worauf wir später noch eingehen werden.

Tatsächlich ist dieser Widerspruch auch vorhanden: Offensive schwarze Blöcke, die sich Straßenkämpfe mit den Bullen liefern, laden Un- oder Wenig-Politisierte in der Regel nicht gerade zum Mitmachen ein. Sie befördern meist eine rein negative Berichterstattung in den bürgerlichen Medien und natürlich ist die Repression nach Auseinandersetzungen mit der Polizei schärfer und kann immer auch die „friedlichen“ Teile der Bewegung treffen. Andererseits ist es richtig, dass bürgerliche Medien einem antikommunistischen Grundkonsens folgend, ohnehin über substanzielle Kritik hauptsächlich negativ oder eben gar nicht berichten; dass nur weil niemand Steine wirft, sich nicht unbedingt größere Teile der Bevölkerung den Protesten anschließen und dass die Beschränkung auf rein legale Aktionsformen die Beteiligten häufig mit einem Gefühl der Ohnmacht zurücklässt.

Her yer Taksim, her yer direnis:
Militante Gezi-Proteste in Istanbul

> **Entweder oder? Sowohl als auch!**

Für eine revolutionäre Linke, die ihren Anspruch ernst nimmt, kann es naturgemäß in dieser Frage kein „entweder...oder“ geben. Es gilt diesen Widerspruch zwar zu beachten, aber mit dem Ziel ihn aufzulösen. Denn selbstverständlich ist der revolutionäre Bruch mit dem Kapitalismus und der Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft nicht lediglich mit einer kleinen bewussten Minderheit zu machen, sondern nur durch die gemeinsame Aktion großer Teile der Klasse der Lohnabhängigen. Wir müssen uns daher einerseits um Aktionsformen bemühen, die es uns ermöglichen mit der übergroßen Mehrheit derjenigen, die kaum oder gar nicht politisiert sind, in Kontakt und über niederschwellige Angebote möglichst auch in die gemeinsame Aktion zu kommen. Das kann durchaus auch bedeuten, in bestimmten Situationen revolutionäre Agitation kurzfristig hinten anzustellen und beispielsweise kämpferische Aktionen der Gewerkschaften zu unterstützen, wenn diese die Entstehung von Klassenbewusstsein befördern.
Ebenso deutlich ist, dass dieser Bruch nicht ohne die Gegenwehr der herrschenden Klasse von statten gehen wird. Denn die Herrschenden haben bisher noch nie gezögert eine substanzielle Bedrohung ihrer Macht notfalls im Blut zu ersticken. So wie sie auch heute in der *BRD* jederzeit bereit sind Polizeigewalt gegen lediglich oppositionelle Bewegungen einzusetzen.
Revolutionäre Gegengewalt – mindestens aber die Möglichkeit sie anzuwenden – wird also, spätestens wenn sich die Machtfrage konkret stellt, notwendig sein.
Militanz – eine Haltung, die den legalen Rahmen des bürgerlichen Systems nicht zu ihrem Handlungsmaßstab macht – ist hierfür eine Vorbedingung. Sie muss dabei nicht unbedingt Straßenkampf oder revolutionäre Gewalt beinhalten, schließt sie aber eben auch nicht aus.
Auch in Situationen, in denen nicht unmittelbar der Sturz des Kapitalismus auf der Tagesordnung steht, können militante Aktionen – von der Herausgabe einer unzensierten Zeitung, Farbaktionen, Angriffen auf Nazis und Bullen, Brandanschlägen, Sabotage, bis hin zum bewaffneten Kampf – bezogen auf die Entwicklung von Klassen- und revolutionärem Bewusstsein, eine wichtige Rolle einnehmen.
Sie können mobilisierend wirken, insofern sie in der Lage sind, ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber der Totalität kapitalistischer Herrschaft zu durchbrechen, möglichst anschlussfähig sind, das Lager der Gegner umreißt und so aufzeigt wo die Trennungslinie zu den Profiteuren und Schergen des Systems verläuft und im besten Fall die nächste Etappe des Kampfes (direkt oder symbolisch) aufzeigen.
Eine Festigung revolutionärer Organisierungen kann ebenso eine Folge sein, wenn es gelingt dem Repressionsdruck mit der richtigen Anpassung der Strukturen standzuhalten. Darüber hinaus können militante Aktionen

andere Kampfformen verstärkend ergänzen.
So konnten beispielsweise die Aktionen der frühen Roten Brigaden – häufig Brandstiftungen an Autos des Managements oder stundenweise Entführungen von Führungskräften – in einer Zeit als die Betriebsrepression zunahm, den Kämpfen der ArbeiterInnen in den norditalienischen Großbetrieben neue Räume eröffnen.

> Gegenmacht aufbauen!

Die Frage, ob Militanz generell sinnvoll ist oder nicht, kann sich von vorneherein also nicht stellen, wenn wir den Bruch mit diesem System als Maßstab anlegen – oder wir beispielsweise auch nur ernsthaft den Spielraum reaktionärer Bewegungen einschränken wollen.
Welche Aktionsformen richtig sind und welcher Grad an Militanz angemessen ist, lässt sich immer nur aus der Analyse der historischen Situation in der wir uns befinden, beantworten. Die konkrete, aktuelle Problemlage mit

Pigpainting:
Farbe gegen Cops in Lateinamerika

der man sich konfrontiert sieht, sowie Entwicklung der linken und revolutionären Bewegungen spielen auch eine wesentliche Rolle: Ganz grob umrissen, ist es spätestens mit dem Ausbruch der Krise 2009 auch in den kapitalistischen Zentren nicht mehr möglich, die gesellschaftlichen Widersprüche zu überdecken. Massenarmut in Südeuropa, riesige Niedriglohnbereiche und Prekarisierung, sowie hunderttausende Menschen, die vor den, von den imperialistischen Mächten angeheizten, Kriegen in eben diese Länder fliehen, um nur einige Beispiele zu nennen. Sozialstaatliche Instrumente sind kaum mehr in der Lage diese Widersprüche abzufedern und werden zudem kontinuierlich abgebaut. Eine objektiv revolutionäre Situation, in der nur der Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise einen Ausweg darstellt, ist immer mehr vorhanden. Zumindest in der *BRD* ist aber die subjektive Seite, also die bewussten Kämpfe gegen die kapitalistische Ordnung und die organisierten Kräfte, die in diesen Kämpfen wirken, nach wie vor unterentwickelt.
Auf die Ebene der Aktionsformen runtergebrochen, ist die Zeit für den bewaffneten Aufstand objektiv längst reif, während – etwas überspitzt formuliert – die subjektive Seite gerade die nächste Nachttanzdemo organisiert.
Wir sehen daher die zentrale Aufgabe, die sich revolutionären Linken in der *BRD* momentan stellt darin, die subjektive Seite, den objektiven Notwendigkeiten anzunähern. Das bedeutet auf verschiedenen Ebenen Gegenmacht gegen die Macht von Staat und Kapital zu entwickeln. Ideologisch, indem wir der kapitalistischen Ellenbogenmentalität, Solidarität und Klassenbewusstsein entgegensetzen. Kulturell, indem wir dem Zwang jede soziale und künstlerische Aktivität zu verwerten, einen eigenen Kulturbegriff entgegensetzen. Politisch, indem wir revolutionäre Organisationen aufbauen, die in der Lage sind, Orientierung zu bieten. Und eben auch auf der Ebene der Militanz.
Denn in diesem Bereich erst aktiv zu werden, wenn die Notwendigkeit dazu auch einem Großteil der Bevölkerung klar ist, heißt mit Sicherheit zu verlieren. Wie in jedem anderen Bereich politischer Arbeit, müssen auch hier Erfahrungen gesammelt werden, muss ausprobiert und langsam, Stück für Stück, Gegenmacht aufgebaut werden.
Unser Anspruch ist dabei, weder völlig am Bewusstseinsstand großer Teile der Bevölkerung und Klasse vorbei (mit möglichst krassen Aktionen) vorzupreschen, noch darauf zu warten bis die ArbeiterInnen selbst zum Gewehr oder Stein greifen.

Revolutionäre Gegengewalt – mindestens aber die Möglichkeit sie anzuwenden – wird also spätestens wenn sich die Machtfrage konkret stellt, notwendig sein.

> Streetwars

In diesem Kontext haben sicher verschiedene militante Aktionsformen, z.B. Kommando-Militanz oder Sabota-

geakte, eine Bedeutung. Eine besondere kommt jedoch dem Straßenkampf zu.
Denn nicht nur bei Gipfelprotesten spielt Massenmilitanz eine Rolle, sondern in jeder halbwegs zugespitzten Situation des Klassenkampfes. So war der – ja in der Sache defensive – Widerstand gegen die Reform des Arbeitsrechts in Frankreich letzten Sommer, von massiven Straßenschlachten begleitet, die nicht nur von militanten Linken, sondern von zehntausenden SchülerInnen, StudentInnen und beachtlichen Teilen der GewerkschaftsaktivistInnen getragen wurden. Gleiches gilt für zahlreiche Streiks in Griechenland, in Italien, die *Gezi-Park*-Proteste in Istanbul und viele weitere Kämpfe, in denen die schroffen Widersprüche ihren Ausdruck im Kampf mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Barrikaden gegen die Polizei gefunden haben. Allein das wäre also ein Grund dieses Feld nicht zu vernachlässigen und wie andere politische Bereiche auch strukturiert zu bearbeiten.
Aber auch in weniger zugespitzten Situationen wird, wer den Straßenkampf organisiert, quasi automatisch mit gewissen Formen der verdeckten Organisierung, sowie mit persönlichem Risiko und den Möglichkeiten damit umzugehen konfrontiert. Wenn es gelingt, sich an diesen Erfahrungen zu entwickeln und sie in struktureller Form weiterzugeben, so entwickeln sich Fähigkeiten, die es erlauben von der abzusehenden Heftigkeit künftiger Kämpfe nicht überrollt zu werden (statt wie meist von der Bewegungsdynamik einerseits und der Repression andererseits).

Doch Massenmilitanz in ruhigeren Zeiten ist viel mehr als bloße Vorbereitung auf kommende Kämpfe: Sie ist eine kollektive Widerstandserfahrung, eine Erfahrung, die nach Innen in die Bewegung und nach außen für alle sichtbar zeigt, gewillt und fähig zu sein, den unmittelbaren Konflikt mit der Staatsmacht einzugehen. Diese Bereitschaft zum Konflikt vermittelt sich zwar nicht immer automatisch von alleine, kann aber meist trotz aller Hetze in den bürgerlichen Medien kaum verschwiegen werden. Denn revolutionäre Gegenmacht wird hier sehr konkret. Für alle sichtbar entstehen – nicht abstrakt in der Theorie, sondern physisch und konkret – Räume, die vom Gegner nicht mehr ohne weiteres kontrolliert werden können. Wenn Polizeiketten durchbrochen werden, der Staat einen Naziaufmarsch aufgrund der militanten Gegenwehr nicht durchsetzten kann, ArbeiterInnen in Frankreich mit brennenden Reifen den Zugang zu Raffinerien und Kraftwerken lahmlegen oder in Istanbul ganze Viertel mit Barrikaden, Steinen und Molotow-Cocktails verteidigt werden, dann ist nicht entscheidend, ob der Repressionsapparat am Ende doch militärisch überlegen ist und sich durchsetzt – denn hier bekommt die Ohnmacht gegenüber den täglichen Zwängen des Systems Risse, scheint kurz die eigene Stärke, die Möglichkeit von Widerstand und Veränderung auf.

Das gilt auch für die zu erwartenden Auseinandersetzungen beim *G20* in Hamburg: Sicher zeichnet sich bereits ab, dass die Strategen im Innenministerium die Gelegenheit nutzen möchten, um im großen Stil Aufstandsbekämpfung zu trainieren. Darauf weist auch das immens hohe Polizeiaufgebot von über 13.000 Bullen, inklusive aller möglichen Spezialeinheiten und schwerem Gerät beim *OSZE*-Gipfel im Dezember hin, das aufgefahren wurde, obwohl absehbar war, dass größere Proteste ausbleiben würden. Die Warnungen doch nicht blind in diese Falle zu tappen, sind daher vom Grundsatz her richtig und eine besondere Wachsamkeit dahingehend ist sicher angebracht. Andererseits kann ein solcher Gipfel in einer Millionenstadt, auch für uns ein Trainingsfeld im urbanen

Straßen dicht: Vielfältigste Aktionen stören EZB-Eröffnung in Frankfurt/M

Raum sein, das wir nutzen können um den oben skizzierten Ansprüchen gerecht zu werden.

Damit das gelingt und nicht die Repression und Differenzen innerhalb der Linken dominieren, müssen – wie wir meinen – die Militanten sich an gewissen Kriterien orientieren. Wir denken das sind für den Straßenkampf mindestens folgende:

1. Militanz muss sich möglichst sofort erschließen, lange Zeit für Erklärungen und vermittelnde Texte bleibt auf der Straße kaum. Die Angriffsziele sollten also möglichst klar und deutlich sein; Bullen, Faschisten, bürgerliche PolitikerInnen und einige kapitalistische Symbole wie Banken, müssen nicht erst lange erklärt werden. Unsere Erfahrung ist, dass sich dies mit anderen Symbolen, die für viele Linke für Staat und Kapital stehen, ganz anders verhält. Wenn Bushaltestellen wegen der dort befindlichen Werbetafeln zertrümmert werden, wird das von den meisten Menschen schlicht als Zerstörung von nützlicher Infrastruktur, auf die sie mitunter angewiesen sind, wahrgenommen.

2. Keine Gefährdung Unbeteiligter! Es ist der Kapitalismus, seine Profiteure und Schergen, die rücksichtslos

vorgehen, nicht wir. Sie sind es, die bei *Hartz VI* noch Sanktionen verhängen, so dass das Essen knapp wird und die Wohnung kalt bleibt. Es ist die Polizei, die rücksichtslos abschiebt und Zwangsräumungen durchführt. Unsere Aufgabe ist die Menschen in diesen Alltagserfahrungen zu bestärken und mit unseren Aktionen aufzuzeigen, dass wir an ihrer Seite stehen. Wenn die brennende Barrikade auch den mühsam abbezahlten Kleinwagen der Anwohnerin einschließt, kann dieses Bemühen schnell zunichte gemacht werden. Ähnlich verhält es sich, wenn Böller aus einer Demo geschmissen nicht das Bullenspalier, sondern interessierte PassantInnen treffen.

Gleiches gilt für ein unnötig martialisches oder pöbelndes Auftreten, das häufig eher den eigenen Hang zum Mackertum befriedigt, als den politischen Charakter der Aktion zu unterstreichen.

3. Um den ersten beiden Punkte gerecht zu werden, um auf bisherigen Erfahrungen aufzubauen und auch um die nötige Schlagkraft zu entwickeln, muss Straßenmilitanz vorbereitet werden. Nur so können unüberlegte Aktionen vermieden werden und kann kollektiv erkannt werden, was politisch Sinn macht und was nicht. Dazu braucht es einerseits Strukturen, die sich nicht nur anlassbezogen zusammenfinden und andererseits auch – trotz der Schwierigkeiten und Risiken – eine breitere Diskussion über Ziele und Inhalte von konkreten militanten Aktionen.

> Entscheidend ist die Vielfalt

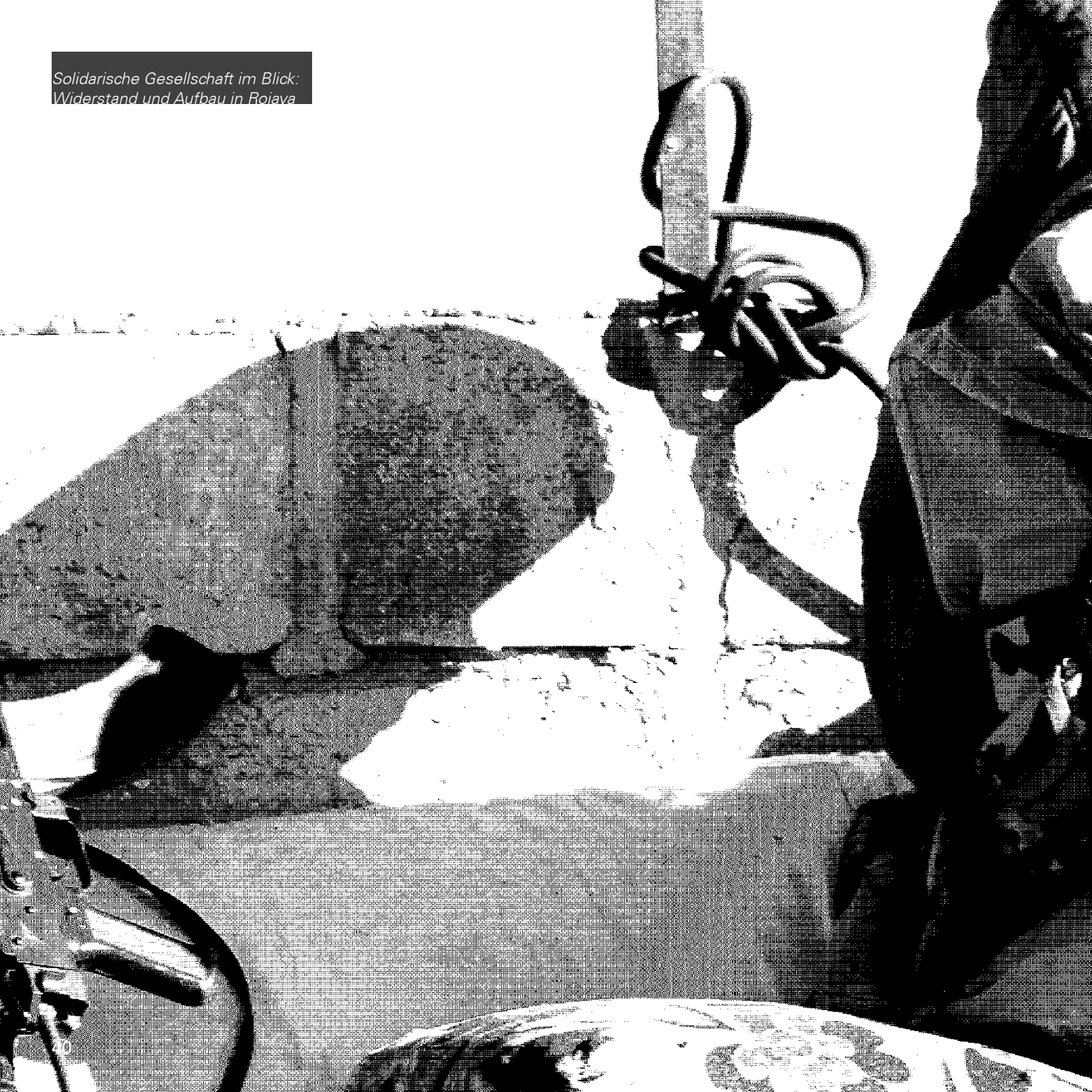
Wenn es gelingt allen hier skizzierten Ansprüchen an eine militante Praxis gerecht zu werden, mit ihr zu mobilisieren, Bewusstsein zu bilden, die eigenen Strukturen zu entwickeln und zu festigen und somit auf kommende Kämpfe besser vorbereitet zu sein, so ist damit dennoch nur ein Schritt im komplexen und vielschichtigen Prozess, die revolutionäre Seite aufzubauen, gegangen. Wir wollen mit diesem Text nicht den Eindruck erwecken, wir würden Militanz anderen Formen politischer Aktivität vorziehen oder sie grundsätzlich als wichtiger bewerten. Es geht uns nur darum zu verdeutlichen, dass revolutionäre Gegengewalt und ihre Vorbereitung weder auf eine unbestimmte Zukunft verschoben werden sollte und somit real aus der eigenen Praxis ausgeklammert wird, wie dies bei zahlreichen kommunistischen Organisationen gehandhabt wird, noch nur als Sache der individuellen Motivation, der persönlichen Wut behandelt werden darf, was ihren konkreten Ausdruck und die Entwicklungsrichtung in der Regel dem Zufall oder manchmal sehr kleinen Gruppen überlässt.

Letztlich gibt es keine „richtigen und falschen“ Aktionsformen. Es kommt immer auf die konkreten Bedingungen im konkreten Fall an, welches Mittel als sinnvoll und welches als ungeeignet erscheint. Pauschalisierungen in die eine oder andere Richtung, resultieren meist aus der Bequemlichkeit eine solche Analyse zu vermeiden. Um die kapitalistischen Verhältnisse zu stürzen, die keineswegs eindimensionale, sondern sehr vielfältig wirkende Herrschaftsmechanismen nutzen, werden wir aber nicht drum rum kommen, eine vielfältige, gut überlegte, keine Mittel ausschließende Praxis anzuwenden.

Dabei ist klar:
„Die Waffe der Kritik, ersetzt nicht die Kritik der Waffen!“ (ein rheinländischer Trinker und Kettenraucher)

P.s.:
Auch beim *G20* in Hamburg wird es wieder große Aktionen geben, die den Anspruch haben sowohl massentauglich und anschlussfähig, als auch grenzüberschreitend zu sein. Unter dem Label des „massenhaften zivilen Ungehorsams“ werden meist große Menschenblockaden, manchmal ergänzt durch (symbolische) Barrikaden verstanden. Der Rahmen, in dem der bürgerliche Staat Protest zugesteht, wird dabei an einigen Stellen überschritten – allerdings ohne dass von den Aktiven offensive Angriffe auf das staatliche Gewaltmonopol oder kapitalistische Symbole ausgehen würden. Es wird versucht die Polizei zu „um- oder durchfließen“.
Ohne Zweifel hat dieses, vor allem von der *IL* vertretene, Konzept seine Berechtigung und Verdienste: Nach den massiven Auseinandersetzungen mit teils tödlichem Ausgang bei den Gipfelprotesten um die Jahrtausendwende, war die globalisierungskritische Bewegung tendenziell wieder am Abflauen. Viele waren durch die massive Polizeigewalt abgeschreckt und 2005 beim *G8*-Gipfel in Schottland gelang es u.a. dem britischen Premierminister *Tony Blair* im Verbund mit KünstlerInnen wie *Bono* weitgehend den Protest unter dem entpolitisierenden Motto „Make Poverty History“ zu vereinnahmen.
In dieser Situation konnte das Konzept des „massenhaften zivilen Ungehorsams“ in Form der Kampagne *Block G8* in Heiligendamm die eingetretene Lähmung überwinden, zahlreiche AktivistInnen neu oder wieder auf die Straße bringen und was am Wichtigsten ist: Die politische Deutung der Ereignisse wieder dem Gegner entreißen.
Zumindest bei Großereignissen können dieser Aktionsform und ihren VertreterInnen der Erfolg also nicht abgesprochen werden. Problematisch wird es, wenn die Weiterentwicklung ausbleibt. Denn spätestens in Dresden 2010 und 2011 hat sich gezeigt, welches Potenzial in den Massenblockaden steckt, wenn sie sinnvoll an einigen Stellen zum direkten Straßenkampf weiterentwickelt werden oder solche Mittel ergänzend hinzutreten. Positionen, die dies verhindern oder von vorneherein nur räumlich völlig getrennt zulassen wollen, behindern nicht nur eine Weiterentwicklung der Praxisformen, sondern auch die damit einhergehende Entwicklung des Bewusstseins der Beteiligten.

Solidarische Gesellschaft im Blick: Widerstand und Aufbau in Rojava



GELEBTER INTERNATIONALISMUS IN ROJAVA

Interview mit einem Kämpfer des „International Freedom Battalion"

AktivistInnen des *Revolutionären Aufbaus* aus der Schweiz haben 2016 Rojava und insbesondere die dortigen Frontabschnitte besucht, Interviews geführt und eigene Eindrücke gesammelt. Ein Augenmerk der Reise, deren Ergebnisse in einem Buch veröffentlicht werden, lag dabei auf der Beteiligung internationaler GenossInnen an der militärischen Verteidigung Rojavas. Wir dokumentieren an dieser Stelle die gekürzte Fassung eines Interviews mit einem Genossen aus einer am *PK-Projekt* beteiligten Struktur, der im *Internationalen Freiheitsbataillon (IFB)* gekämpft hat. Das vollständige Interview ist im Buch des *Revolutionären Aufbaus* nachzulesen.
Die bewaffnete Verteidigung des fortschrittlichen Gesellschaftsprojekts in Nordsyrien/ Westkurdistan gegen die Angriffe des sogenannten „Islamischen Staats" und des türkischen Militärs ist notwendig und ein wichtiger Bezugspunkt für Linke weltweit, dem unsere volle Solidarität gilt. Wir verstehen uns als Zusammenschluss, der den revolutionären Aufbauprozess in der Bundesrepublik vorantreiben will. Die Erfahrungen des Genossen sind daher zwar nicht Teil unserer Arbeit als politische Strukturen, dennoch möchten wir uns generell und auch in dieser Broschüre mit dieser Form des gelebten proletarischen Internationalismus auseinandersetzen. In Zeiten anschwellender militärischer Auseinandersetzungen, aggressiver imperialistischer Staaten und ganzer Regionen, die im Kriegschaos zerstört werden, hat diese kämpferische Solidarität einen besonderen Stellenwert.

Webseite der schweizer GenossInnen **> aufbau.org**

**Kannst du Dich kurz vorstellen?
Wie kam Dein Entschluss zustande nach Rojava zu gehen? Was hast Du dort gemacht?**

Ich bin ein Mitglied der *Revolutionären Aktion Stuttgart (RAS)* und würde mich als Kommunist bezeichnen. Politisiert habe ich mich schon sehr früh durch mein Umfeld. Mit der Zeit begann ich schließlich, selbst politisch aktiver zu werden und nach einer organisierten revolutionären Praxis zu suchen. Meine ersten Erfahrungen habe ich in verschiedenen politischen Bereichen gesammelt. Im Aufbau von Antifastrukturen, internationaler Solidaritätsarbeit, sowie bei unterschiedlichen sozialen Protesten, wie z.B. beim Schulstreik 2008.

Erst mit der Revolution in Rojava und dem Beginn des Bürgerkrieges in Syrien habe ich mich richtig eindringlich mit der Region befasst. Das davor eher sporadische Interesse an diesem geographischen Teil des Mittleren Ostens, hat sich durch die Ereignisse vor etwa 5 Jahren enorm intensiviert. Die schnellen Errungenschaften der demokratischen Umwälzung waren nicht nur an sich spannend und einzigartig für die Region. Sie beinhalteten von Anfang an auch Elemente einer sozialistischen Perspektive, wie Planwirtschaft, Rätestrukturen zur gesellschaftlichen Planung und Kontrolle, Frauenermächtigung usw. .

Es gab also plötzlich wieder einen Fleck auf dieser Welt, auf dem die Ausgangsbedingungen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geschaffen wurden.

Je intensiver ich mich mit der Situation in Rojava befasste, desto mehr zog mich das Projekt in seinen Bann.
Ein ausschlaggebender Punkt für meine Entscheidung dorthin zu gehen, war die Dringlichkeit, die Revolution dort militärisch zu verteidigen – und das bevor es zu spät ist. Die Bevölkerung in Rojava hat sich nach einer sehr kurzen Zeit mit der Revolution identifiziert, aber durfte natürlich nicht alleine gelassen werden, als es um ihre Verteidigung ging. Es geht um eine Revolution, die uns allen Orientierung liefert, also liegt es auch mit in unserer Verantwortung sie zu schützen. Es war bewundernswert zu sehen, wie viele verschiedene Menschen dort zusammengekommen sind, um in verschiedensten Formen etwas zur Verteidigung beizutragen – von Beginn an waren auch InternationalistInnen aus fast allen Teilen der Welt dabei. (...)

Als Kämpfer der *Revolutionären Aktion Stuttgart* war ich Teil von Einheiten der türkisch-kurdischen *MLKP* und später im *IFB*. Es war mir wichtig, mit GenossInnen zu kämpfen, die mit mir das Ziel teilten, eine kommunistische Perspektive aus den Umwälzungen und Veränderungsprozessen in Rojava zu entwickeln – im ganz konkreten Handeln mit der dortigen Bevölkerung und mitten im revolutionären Geschehen.
Ich verstehe das als proletarischen Internationalismus, also dass es darum geht praktische Unterstützung mit anderen Kämpfen aufzubauen, ein Verständnis für sie zu entwickeln und möglichst viel für den revolutionären Aufbau im eigenen Land zu lernen.

Du hast gerade vom „proletarischem Internationalismus“ gesprochen. Kannst Du das noch einmal genauer erläutern? Was bedeutet proletarischer Internationalismus in Bezug auf Rojava?

Zunächst heißt „Proletarischer Internationalismus“ ganz einfach, dass wir uns prinzipiell auf die unterdrückten Klassen eines anderen Landes beziehen und uns nicht mit der herrschenden Klasse des Landes solidarisieren, nur weil diese momentan vielleicht im Widerspruch zur eigenen herrschenden Klasse steht. Es ist eben nicht so, dass der Feind meines Feindes mein Freund ist, wie viele Linke das am Beispiel von Syrien immer wieder behaupten. Weder *Assad* und seine russische Unterstützung, noch die von Dschihadisten, die schon früh große Teile der *FSA* dominierten, oder die imperialistischen Kriegstreiber, können Bezugspunkte sein, wenn es uns darum geht, für eine revolutionäre Perspektive im Mittleren Osten einzustehen. Stattdessen müssen wir uns an den sozialen und demokratischen Interessen der Bevölkerung orientieren, um einer proletarischen, also sozialistischen Position möglichst Nahe zu kommen. Und genau diese Interessen werden in Rojava momentan greifbar gemacht und sind Grundlage für den Neuaufbau der dortigen Gesellschaft. Das verläuft sicherlich nicht geradlinig und beinhaltet schwierige Widersprüche, wie jede andere gesellschaftliche Umwälzung zuvor auch – aber dennoch sehen wir in diesem Prozess momentan die einzige reale Alternative zur Zerstörung, Ausplünderung und Unterdrückung der Region.

Proletarischer Internationalismus bedeutet für mich und meine Organisation darüberhinaus, sich in den Kampf vor Ort nach Möglichkeiten direkt einzumischen und mitzuhelfen, ohne völlig darin aufzugehen.

Pressekonferenz: Gründung des IFB

Diese Solidarität üben wir nicht nur aus einem moralischen Standpunkt heraus, sondern auch um die anderswo gemachten Erfahrungen soweit wie möglich selbst im eigenen revolutionären Prozess verwerten zu können. Über internationale Kontakte, Praxis und Diskussionen zu verschiedenen Versuchen und Ansätzen können wir den Horizont unserer Möglichkeiten und Kampfformen erweitern, zukünftige Fehler vermeiden und neuen Schwung in unsere revolutionäre Politik vor Ort bringen.
Deshalb war es für mich auch selbstverständlich, wieder zurückzukommen, um meine Erfahrungen so weit wie möglich in meiner Organisation und in unserem engeren Umfeld zu kollektivieren. Aber auch darüber hinaus ging es uns darum, diese Entscheidung innerhalb der deutschen Linken bekannt zu machen und die Beweggründe zur Diskussion zu stellen. (...)

Proletarischer Internationalismus am Beispiel Rojava bedeutet, praktische Solidarität mit einem revolutionären Gesellschaftsprojekt zu üben, von den Erfahrungen dort zu lernen und die darin enthaltenen sozialistischen Ansätze und Ideen – auch kritisch – zu diskutieren und bekannt zu machen. Die bewaffnete Verteidigung, der Aufbau der Infrastruktur vor Ort, die materielle Unterstützung, also Geldsammlungen etc., sind ebenso wichtig, wie die Solidaritätsarbeit in anderen Ländern und die politische Verknüpfung des Kampfes dort mit dem vor der eigenen Haustüre. Wie könnten wir besser aufzeigen, dass die imperialistischen Mächte zusammen mit *NATO*-Partnern und reaktionären Regionalmächten ein Teil des Problems sind, das den *IS* in dieser Form erst möglich gemacht hat? Und dass es allein linke Kräfte sind, die den Islamisten und ihren Unterstützern wirklich etwas entgegensetzen?

> **Auch wenn große Teile der linken Bewegung den Aufbauprozess in Rojava unterstützen, werden immer wieder auch Widersprüche laut, was die Einordnung und die Bedeutung des Projektes angeht. Mit welchen Widersprüchen sieht sich eine Position, wie Du sie gerade formuliert hast, innerhalb der Linken konfrontiert?**

Am Beispiel Rojava zeigen sich ganz konkret vor allem die Folgen eines falsch verstandenen Antiimperialismus. Diejenigen, die sich auf *Assad* und Syrien als „objektiv antiimperialistische Kraft" beziehen, sehen weder den repressiven und inzwischen neoliberalen Charakter des syrischen Staates, seine Klientelpolitik und die offensichtlichen Kriegsverbrechen, noch die Bedeutung der

fortschrittlichen Entwicklung in Rojava. Sie verteidigen die militärischen Kräfte, die immer wieder gegen die Revolution in Rojava kämpfen, was z.B. in den Städten Qamishloh oder auch in Hassake der Fall war. Dass die syrischen Streitkräfte uns nicht ständig angegriffen haben, hat in erster Linie mit ihrer militärischen und mit der gesamtstaatlichen Schwäche zu tun. Die Revolution in Rojava hingegen wird, wenn sie überhaupt Beachtung findet, zu einem Anhängsel der Imperialisten erklärt, oder einfach kleingeredet. Dass die *USA* auf lange Sicht natürlich kein Interesse an einem unabhängigen, demokratischen und stabilen Gesellschaftsprojekt mit sozialistischen Ansätzen im Mittleren Osten hat, wird vernachlässigt. Auch wenn *Assad* dem *US*-Imperialismus ein Dorn im Auge ist: Syrien ist ein kapitalistischer Staat, der territoriale Ansprüche, eine eigene herrschende Klasse und einen starken Repressionsapparat hat, der gegen jede Regung revolutionärer Veränderung in Stellung gebracht wird. Die eher säkulare Prägung und die sozialstaatlichen Elemente der Vergangenheit ändern daran nichts.

Die andere Seite, die linken UnterstützerInnen von Aufständischen in Syrien, stellen Rojava als Spaltungsprojekt dar und fokussieren sich auf einige fortschrittliche Teile im syrischen Widerstand. Sofern diese Kräfte überhaupt noch vorhanden sind, sind sie aber umringt von den wesentlich stärkeren reaktionären Islamisten und Handlangern der Imperialisten und haben in diesem Gemengelage keinerlei Relevanz. Diese Gruppen wollen nicht sehen, dass der zuerst einmal legitime Aufstand, schon sehr bald von reaktionären Kräften übernommen wurde. Die revolutionäre Bewegung befindet sich heute eben in Rojava. Die Revolution verläuft eben nicht immer dort wo sie idealtypisch zu sein hätte.

Es gab also plötzlich wieder einen Fleck auf dieser Welt, auf dem die Ausgangsbedingungen für eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus geschaffen wurden.

Revolutionären Linke aus der Türkei, die schon früh Teil der militärischen Selbstverteidigung in Rojava waren, haben den Aufbau des *„Internationalen Freiheits-Batallion“ (IFB),* in dem Du auch gekämpft hast, angeleitet. Das *IFB* kämpft Seite an Seite mit der *YPG/YPJ* und versammelt internationale GenossInnen aus verschiedenen Spektren der revolutionären Linken. Wie schätzt Du die Bedeutung des *IFB* für den Aufbau internationaler revolutionärer Arbeit ein?

Die Bedeutung des *IFB* ist vielfältig. Zuerst einmal hat es grundsätzlich einen großen Wert, dass europäische Linke das erste Mal seit mindestens 30 Jahren wieder organisiert und bewaffnet an revolutionärer Veränderung teilnehmen. Es steht für eine Linke, die sich wieder ernsthafter mit revolutionärer Organisierung, den verschiedenen Ebenen des politischen Kampfes und dem Aufbau einer realen Gegenmacht beschäftigt.

Mit dem *IFB* wurde ein Ort geschaffen, an dem Revolutionäre aus verschiedenen Organisationen und Strömungen zusammenkommen, wo intensive Debatten stattfinden und dem gegenseitigen Kennenlernen eine große Bedeutung zukommt. Es treffen in diesem Rahmen nicht zufällig Leute aus Strukturen und Strömungen aufeinander für die ein bewusster Umgang mit Militanz beziehungsweise mit revolutionärer Gewalt, Klandestinität, praktischem Internationalismus und der Klassenstandpunkt eine Rolle spielen, die nicht im Dogmatismus erstarrt sind und auch nicht in postmoderner Beliebigkeit aufgehen.
Die Bereitschaft, in diesem Kampf zu lernen und dafür ein hohes Risiko einzugehen, zeugt schon von einem sehr reifen politischen Bewusstsein. Solche Kontakte aufzubauen und zu pflegen ist für unsere Aufbauarbeit hier sehr wichtig.

In diesem Sinne hat das *IFB*, trotz seiner geringen Größe, auch eine strategische Bedeutung für die revolutionäre Linke und besitzt Strahlkraft: Es zeigt praktisch auf, dass auch heute, in einer Zeit, in der die neoliberale Ideologie weitgehend unangefochten bleibt, die Staatsapparate sicherheitstechnisch enorm hochgerüstet sind und die Linke sich weitgehend in der Defensive befindet, KommunistInnen bewaffnet und ganz direkt gegen die Reaktion kämpfen können.
Auch in Rojava selbst und für die Zukunft der Revolution hat es natürlich eine große Bedeutung, wenn KommunistInnen nicht nur am Rand stehen, sondern ein aktiver Teil des militärischen und organisatorischen Prozesses sind.
(...)

**Die Unterschiede zwischen dem Kampf in Rojava und den Voraussetzungen in Ländern wie Deutschland oder der Schweiz sind offensichtlich.
Haben die Erfahrungen aus Rojava und dem *IFB* also ersteinmal nur einen „abstrakten Wert" für uns, weil ähnliche Kampfformen hier noch lange nicht an der Tagesordnung sind?**

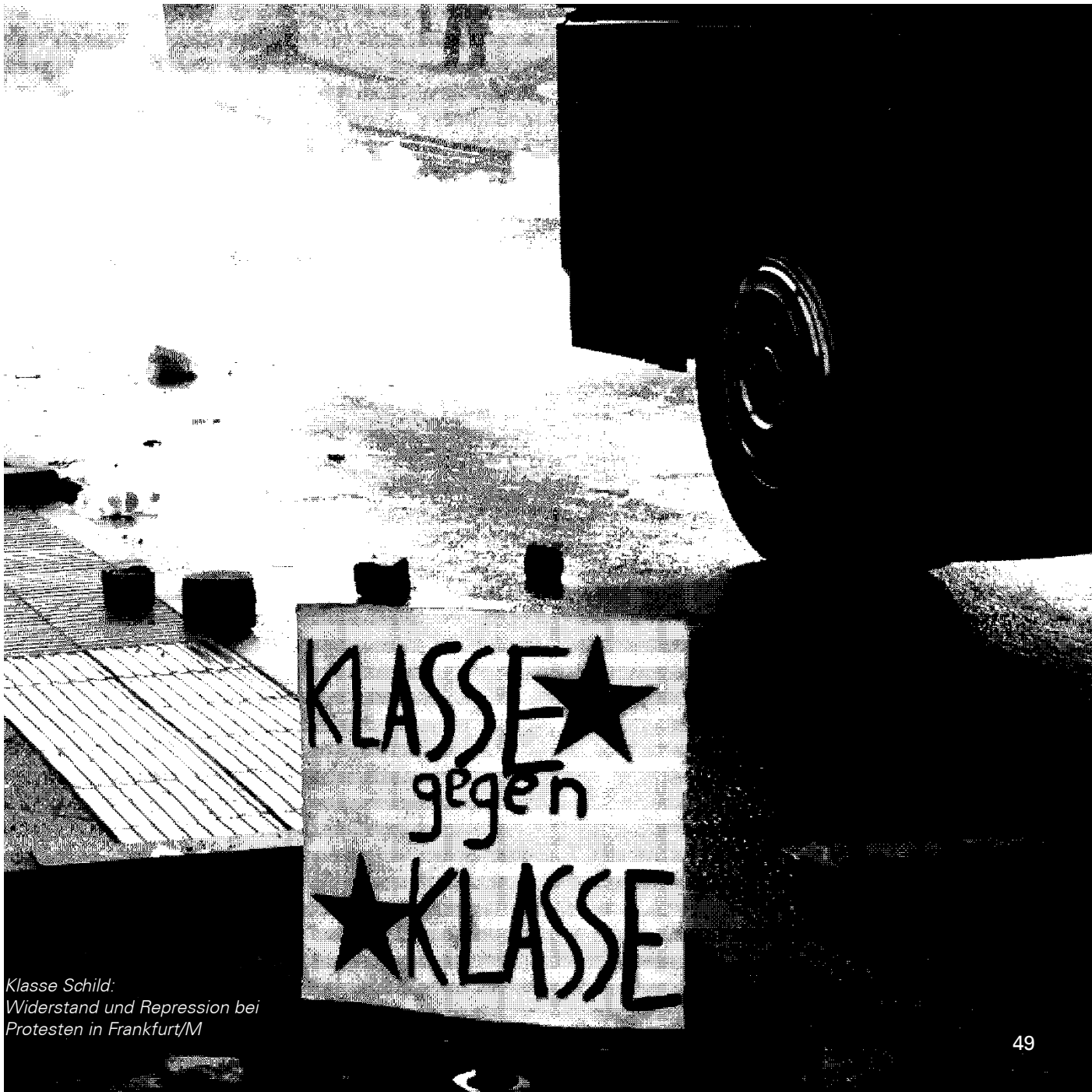
Nein, das denke ich nicht. Ersteinmal findet der Kampf in Rojava natürlich unter grundsätzlich anderen Bedingungen als in Europa statt. Es wäre wenig hilfreich, konkrete Aufbaustrategien oder Organisationsmodelle einfach zu übertragen. In anderer Hinsicht sind Rojava und gerade das *IFB* jedoch enger mit unseren Kämpfen verbunden: Dort kommen die verschiedenen revolutionären Kräfte aus der Türkei zusammen und organisieren sich in gemeinsamen Strukturen politisch und militärisch.
In Debatten und einer intensiven Praxis, wird an einer Neuformierung der revolutionären Linken der Türkei gearbeitet, um mit gemeinsamer Stärke in die dortigen Kämpfe zurückwirken zu können. Dieser Prozess der Entwicklung einer revolutionären Einheit und die Erfahrungen aus der Türkei (Aufbau von Gegenmacht auf urbanem Gebiet, ArbeiterInnenkämpfe etc.) befinden sich schon wesentlich näher an unserer Situation.
In den aktuellen Kämpfen in der Türkei gegen die Faschisierung der Verhältnisse – unter politischer Führung der *AKP* – sind die kommunistischen Kräfte an vorderster Front beteiligt.
Hier den Kontakt und Austausch zu suchen ist nicht nur interessant oder spannend – es ist ganz einfach eine unserer Aufgaben als Teil einer internationalen revolutionären Linken.

Immer voran: KämpferInnen des IFB auf dem Weg zur Front

Die Positionierung von Linken zur Rojava-Revolution wird ja nicht nur anhand des Verhältnisses zu Syrien und zum syrischen Bürgerkrieg bestimmt.
Nach einem kurzen Aufschwung von Solidaritätsbekundungen, wird es nun langsam wieder stiller.
Ist das nur Ausdruck einer sprunghaften Arbeitsweise oder siehst du dahinter politische Probleme?

Ersteinmal sehen wir in der Linken immer wieder sehr einseitige Betrachtungen und Einordnungen der Revolution in Rojava. Einige versuchen den Prozess dort zum Maß der Dinge zu machen. Sie idealisieren die Situation vor Ort und beziehen sich sehr direkt auf die politischen Analysen und Konzepte der kurdischen Befreiungsbewegung ohne dabei kritisch-solidarisch an Punkten einzuhaken, die eben nicht einfach übertragbar sind, oder mithilfe bereits vorhandener Erkenntnisse und Erfahrungen revolutionärer und sozialistischer Geschichte einer eindringlicheren Kritik und Einschätzung unterzogen werden müssten.
So sehr es auch verständlich ist, dass GenossInnen sich erst einmal voller revolutionärer Begeisterung an dem Projekt orientieren, so groß ist doch die Gefahr, dass diese Herangehensweise schnell in Desillusionierung und Resignation endet.
Weil die Widersprüchlichkeit der Revolution nicht nur Positives hervorbringt und weil der Kampf bei uns eben nur

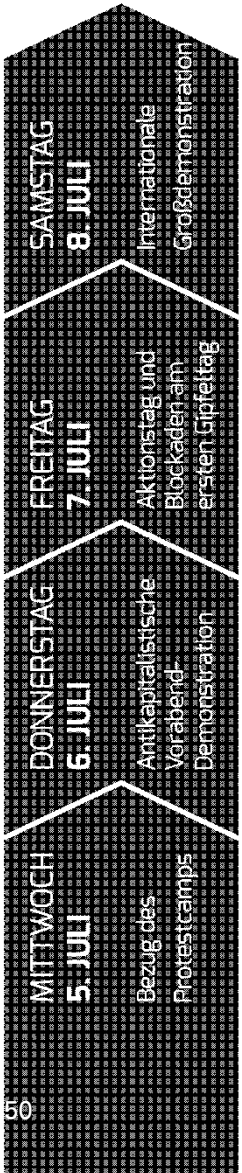
hinter ganz anderen Vorzeichen funktionieren kann. Andere haben ein ganz bestimmtes Bild im Kopf, wie eine sozialistische Revolution abzulaufen hat. Wenn die Realität, in diesem Fall die Situation in Rojava, nicht, oder ab einem gewissen Punkt, nicht mehr mit diesem Bild übereinstimmt, wird schnell der gesamte Prozess als „nicht revolutionär" abqualifiziert.
Leider findet diese Methode schnell Gebrauch, wenn ganz einfach der Wille fehlt, sich ernsthaft und intensiv mit anderen revolutionären Ansätzen auseinanderzusetzen und Verantwortung in Form einer differenzierten Solidaritätsarbeit zu übernehmen.
Für solche Verfechter der „revolutionären Reinheit", scheinen Revolutionen lineare Prozesse zu sein, die immer nach einem bestimmten Schema funktionieren und immer bestimmte Erscheinungen mit sich bringen müssen. In der Geschichte war jede Revolution aber mit Herausforderungen und Bedingungen konfrontiert, die nicht nach einfachen Schemata abgehandelt werden konnten. Friedensschluss mit einem imperialistischen Staat? Nicht einfach Verrat und Verkauf der Ideale an den deutschen Imperialismus, sondern Existenzgrundlage der frühen Sowjetrepublik. Gemeinsamer Kampf an der Seite der Konterrevolution? Die KommunistInnen in China hätten die japanischen Faschisten ohne das von ihnen erzwungene, zeitweilige zweite Bündnis mit der Kuomintang nicht besiegen können.
Auch dass die regionale Selbstverwaltung in einer industriell kaum erschlossenen Region am Rande eines Bürgerkrieges, ein revolutionäres Potenzial mit sich bringen kann, das für KommunistInnen weltweit innerhalb kurzer Zeit einen Bezugspunkt bildet, steht in keinem Lehrbuch. Erst die Geschichte der kämpfenden kurdischen Bewegung dort, die aktuelle Situation des Mittleren Ostens, die Rolle der Türkei und der Bezug zum revolutionären Widerstand in der Türkei, lassen den revolutionären Charakter und das sozialistische Potenzial der Rojava-Revolution zum Vorschein kommen.
Der nicht ganz einfach zu bestimmende und veränderliche Charakter der Revolution in Rojava und das generelle Problem einer recht marginalisierten revolutionären Bewegung in Deutschland, die in erster Linie – und das schließt eine Selbstkritik natürlich ein – kampagnenorientiert arbeitet, machen die langfristige Solidaritätsarbeit zu einer schwierigen Angelegenheit, die kein Selbstläufer bleibt und Anstrengungen erfordert.
Wert ist sie es aber allemal.



Klasse Schild:
Widerstand und Repression bei Protesten in Frankfurt/M

AUF NACH HAMBURG

Alle wichtigen Links zum Gipfel und aktuelle Infos zu den Protesten



› g20-hamburg.mobi
Übersichtsportal der geplanten Proteste

› g20tohell.blackblogs.org
Seite der antikapitalistischen Vorabenddemonstration am 6. Juli

› g20-entern.org
Bündnis antikapitalistischer und revolutionärer Gruppen

› sonderzug-nog20.org
Sonderzug zu den Protesten aus dem Süden

› g20hamburg.org
Mehrsprachiges Infoportal

› blockg20.org
Blockademobilisierung für den Aktionstag am Freitag

› shutdown-hamburg.org
Aktionen im Hamburger Hafen

› tschuess.noblogs.org
Dokumentation der militanten Mobilisierung gegen den Gipfel

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Perspektive Kommunismus ist ein 2014 entstandener Zusammenschluss aus verschiedenen lokal verankerten kommunistischen Gruppen. Wir verfügen über gemeinsame Erfahrungen in überregionalen Kampagnen, beispielsweise gegen imperialistische Kriege oder reaktionäre und faschistische Strömungen und sind uns in der Notwendigkeit einer bundesweiten, aktionsorientierten und revolutionären kommunistischen Organisation einig.
Mit dem Projekt *Perspektive Kommunismus* wollen wir dazu beitragen, die Basis für eine solche Organisation zu schaffen und der Zersplitterung der revolutionären Linken in der *BRD* entgegenzuwirken. Von einem proletarischen Klassenstandpunkt aus wollen wir die Perspektive einer klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus, wieder auf die Tagesordnung setzen.
Wir verstehen uns dabei weder als loser Zusammenschluss, noch als feste, quasi „fertige" Struktur. *Perspektive Kommunismus* soll vielmehr ein erster Schritt, hin zu einer, noch mit weiteren Kräften zu entwickelnden, revolutionären Organisation sein.
Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen die Basis für eine derartige Struktur zu schaffen und gemeinsam mit anderen zu verwirklichen.
Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Strukturen finden sich auf unserer Homepage

> perspektive-kommunismus.org

perspektive KOMMUNISMUS

DIE BETEILIGTEN STRUKTUREN

Berlin_Revolutionäre Perspektive Berlin **> perspektive.nostate.net**

Hamburg_Projekt Revolutionäre Perspektive Hamburg **> prp-hamburg.org**

München_Antikapitalistische Linke München **> almuc.blogsport.eu**

Stuttgart_Revolutionäre Aktion Stuttgart **> revolutionaere-aktion.org**

Villingen-Schwenningen_Linke Aktion Villingen-Schwenningen **> linkeaktion.blogsport.eu**

perspektive
KOMMUNISMUS
› perspektive-kommunismus.org